:antifaschistische nachrichten Nr. 8
g 3336 22.4.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Neonazistische Provokation zum 8. Mai in München

Die Münchner Neonazis um Philipp Hasselbach und Roland Wuttke wollen die Serie ihrer NS-verherrlichenden Aktionen fortsetzen: Für den 8. Mai 2010, den 65. Jahrestag der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus, planen sie einen „Trommel- und Fackelmarsch" durch den Münchner Südwesten. Unter dem Motto „8. Mai 1945 – der Krieg war zu Ende, das Morden nicht" soll einmal mehr der Nationalsozialismus glorifiziert und die Opfer verhöhnt werden.

Der 8. Mai und die Münchner Neonazis

Millionen Menschen danken an diesem Tag den alliierten Streitkräften und den Organisationen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus für die Rettung aus Konzentrationslagern, Gefängniskerkern und Gefangenschaft sowie für das Ende des jahrelangen Schlachtens und Schreckens. Für die Neonazis aber ist dieser Tag, wie sie in ihrem Aufruf schreiben, „ein schreckliches Symbol für Unterdrückung und Fremdherrschaft". Und wie üblich verkehren sie die geschichtlichen Fakten, machen aus Tätern Opfer, beklagen die Zerstörung Deutschlands und beschweren sich über angebliche heutige „Gesinnungsparagrafen" die ihre „Meinungsfreiheit" einschränken würden. Doch was Neonazis als „Meinungsfreiheit" vorschwebt, ist letztlich nichts anderes, als ein „Recht" darauf einzufordern, die Schoa zu leugnen, die Opfer nationalsozialistischen Terrors zu verhöhnen, den Nationalsozialismus zu glorifizieren und seine Verbrechen zu relativieren.

Schon in den vergangenen Jahren hatte die Münchner Neonaziszene immer wieder Aktionen am 8. Mai angemeldet, z. B. im Jahre 2009, als sich die „FN München" mit dem Transparent „Der Krieg war zu Ende, das Morden nicht" auf dem Marienplatz aufstellten. Oder im Jahre 2007, als sich die Neonazis zu einer neonazistischen „Mahnwache" unter dem Motto „8. Mai 1945 - wir feiern nicht!" mit schwarz-weiß-roten Fahnen, „Good night left side!"-Symbolen und dem Transparent „8. Mai. Besiegt und besetzt. Wir feiern nicht!" ebenfalls auf dem Marienplatz einfanden. Damals hatte vor allem die NPD Oberbayern mit einem Aufruf in bekannt antisemitisch-neonazistischer Diktion geworben: „8. Mai heißt: Die Reichsidee lebt! Den geistigen Kampf gegen die Besatzer und ihre Handlanger aufnehmen!"

Die neonazistischen Planungen in diesem Jahr

Zu dem in diesem Jahr am 8. Mai geplanten Aufmarsch mobilisieren mittlerweile Neonazigruppen aus ganz Bayern. Zum wiederholten Mal wird im Aufruf der veranstaltenden „Freien Nationalisten München" (FNM) der „Ausgang Arnulfstraße" am Münchner Hauptbahnhof als offizieller Treffpunkt (um 17.30 Uhr) bekanntgegeben, für den keinerlei Anmeldung bzw. Genehmigung durch die Deutsche Bahn AG besteht.

Nach a.i.d.a. vorliegenden Informationen soll der neonazistische Aufmarsch um 18.00 Uhr am U-Bahnhof Fürstenried-West im Münchner Südwesten mit einer halbstündigen Auftaktkundgebung beginnen. Dann wollen die Teilnehmenden (angemeldete TeilnehmerInnenzahl: 70) mit Fackeln und Trommeln über die Graubündener Straße und Tischlerstraße an die Kriegsgräberstätte am Rande des Münchner Waldfriedhofs ziehen. Von dort soll über Tischlerstraße und Sauerbruchstraße zum U-Bahnhof Großhadern weitermarschiert werden, wo die Neonazis von 21.00 Uhr bis 22.00 Uhr eine Abschlusskundgebung planen. Der Münchner NPD-Bundestagskandidat Philipp Hasselbach (Freie Nationalisten München/ BIA) als Anmelder und der Meringer Roland Wuttke (NPD/BIA) als Versammlungsleiter sind die maßgeblichen Organisatoren dieses Aufzugs.

In der Kriegsgräberstätte am Rande des Münchner Waldfriedhofs liegen tote Soldaten des ersten und zweiten Weltkrieges aus Deutschland und aus 18 weiteren Nationen. Auch Gräber von Zivilisten, die als Zwangsarbeiter in Deutschland starben, befinden sich hier. Auf dem benachbarten Münchner Waldfriedhof sind die sterblichen Überreste zahlreicher Euthanasieopfer der Nationalsozialisten bestattet. Auch Professor Kurt Huber, der als Mitglied der „Weißen Rose" 1943 hingerichtet wurde, liegt dort begraben.



Plakat zum 8. Mai, zu bestellen über VVN/BdA: bundesbüro@vvn-bda.de, 10 ct + Versandkosten

Bei der Einweihung der Gedenkstätte im Jahr 1965 sagte der damalige Münchner Oberbürgermeister Hans Jochen Vogel, so berichtete es der Münchner Merkur: „Denn an uns liegt es, ob die Dämme der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit noch einmal brechen". Eine Mahnung, die angesichts ständiger neonazistischer Provokationen in München leider immer noch sehr aktuell ist. *www.aida-archiv.de* ■

Aus dem Inhalt:

„Pro NRW" auf Wahlkampftour

NRW. Am 1. Mai will die selbsternannte „Bürgerbewegung pro NRW" auf dem Mühlenplatz in der Innenstadt von Solingen eine öffentliche Wahlkampfkundgebung durchführen. „Mindestens 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer" werden erwartet, tönt „Pro NRW" großspurig und kündigt neben einschlägig bekannten „Pro"-Aktivisten auch wieder hilfswillige Rechtskräfte aus Flandern, Österreich und Frankreich als Redner an. Gegen diese Absicht regt sich Widerstand in der Stadt. Etwa 250 Menschen nahmen Mitte April an einer antifaschistischen Informationsveranstaltung über „Pro NRW" im Kulturzentrum „Cobra" teil. Etwa ein Dutzend Neonazis aus dem Umfeld der sog. „Autonomen Nationalisten" aus Wuppertal, Solingen und weiteren Städten der Region versuchten zeitweise vor dem Haus zu provozieren. Am 2. Mai soll in Porta Westfalica eine siebentägige Wahlkampftournee des „Pro NRW"-Neuzugangs, des Geschäftsmannes Patrik Brinkmann, beginnen. Die Tour bezeichnet der ehemalige DVU-Mann auf seiner Webseite ausdrücklich als einen „Kreuzzug gegen den Islam in Deutschland". Mit einem Bühnen-LKW, einem Bus und unterstützt mit „Hubschraubereinsätzen" will der „Pro"-Wanderzirkus dann durch 22 NRW-Städte ziehen. Am 3. Mai sollen Wahlkundgebungen in Minden (Markt 10.30), Bad Salzuflen (Parkstraße 13.00), Bielefeld (Rathausplatz 15.00) und Gütersloh (Berliner Platz 17.30) stattfinden. Am 4. Mai soll es von Paderborn (Rathausplatz 10.30) über Soest (Marktplatz 13.00) und Unna (Marktplatz 15.00) nach Dortmund (Westenhellweg 17.30) gehen. Am 5. Mai von Hagen (Friedrich-Ebert-Platz 11.00) über Lüdenscheid (Sternplatz 13.30) nach Siegen (Siegplatte/ Ecke Bahnhofstraße 16.30). Am 6. Mai zieht die „Pro"-Karawane von Gummersbach (Bismarckplatz 11.00) über Bergisch-Gladbach (Fußgängerzone 13.30) nach Bonn (Münsterplatz 16.30). Am 7. Mai von Siegburg (Marktplatz 11.00) über Düren (Kaiserplatz 14.00) nach Aachen (Markt vor dem Rathaus 16.30). Am Samstag, den 8. Mai, einen Tag vor der Landtagswahl, soll die Wahlkampftournee ihren Abschluss in Düsseldorf (Burgplatz 16.30) finden. Zuvor will man noch einen Zwischenstopp in Mönchengladbach (Alter Markt 11.00) und Krefeld (Neumarkt 13.30) einlegen.

hma ■

Zwischen den Mühlsteinen

HAMM/BERLIN. Ende März fand in der Alfred-Fischer-Halle in Hamm der Bundesparteitag der sog. „Republikaner" statt. Nach heftigen Auseinandersetzungen um den Zustand der Partei und mögliche Zukunftsperspektiven konnte „Republikaner"-Chef Schlierer noch einmal als Bundesvorsitzender wiedergewählt werden. Allerdings mussten Schlierer und seine Anhänger deutliche Zugeständnisse machen. Das Lager um Stephan Stritter, Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz, trat für eine engere Zusammenarbeit mit der „Pro"-Bewegung ein. In einer verabschiedeten Resolution wurde der Bundesvorstand der Partei beauftragt, „Gespräche und Verhandlungen mit anderen Parteien und Gruppierungen" zu führen. Stritter konnte sich auch bei den Wahlen durchsetzen und ist künftig einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei. Ungeachtet dessen wollen die „Republikaner" in NRW um ihre Landesvorsitzende Ursula Winkelsett an der Kandidatur zur bevorstehenden Landtagswahl festhalten. Auf dem Bundesparteitag hatte die langjährige stellvertretende Bundesvorsitzende gegen Schlierer kandidiert und war unterlegen. Für den Posten als Stellvertreterin trat sie danach nicht mehr an. Von einer möglichen Annäherung an die „Pro"-Gruppierung distanziert sich der NRW-Landesverband. „Pro", so Winkelsett, sei „eine Laus, die sich permanent zum Elefanten aufbläst". Auch nach dem Bundesparteitag werde nicht „in rechten Ecken gekuschelt". Unterdessen hat in NRW ein weiterer „Republikaner"-Aktivist seinen Übertritt bekannt gegeben. Ulrich Manes aus Stemwede, zuletzt Mitglied des „Republikaner"-Landesvorstandes, erklärte Ende März seinen Eintritt bei „Pro NRW".

hma ■

Protest gegen ‚Lebensschützer'

MÜNSTER. Erneut ist es in Münster zu Protesten gegen den „1000 Kreuze Marsch" der evangelikalen „Lebensschützer"-Organisation „EuroProLife" gekommen. Rund 200 Menschen demonstrierten am 13. März vor dem Rathaus und auf dem Domplatz für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Frau und begleiteten den Aufmarsch der christlichen Fundamentalisten über die gesamte Strecke mit kreativen Aktionen. In diesem Jahr waren es nur noch etwa 100 „Lebensschützer", die den Weg nach Münster gefunden hatten, und angesichts des Kräfteverhältnisses war von diesen stellenweise kaum noch etwas zu sehen und zu hören. Erstmals beteiligte sich am Münsteraner „1000-Kreuze-Marsch", so die örtliche Antifa, auch eine Gruppe von Neonazis, darunter der Bezirksbeauftragte des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten". Weitere Aufmärsche von „EuroProLife" werden im Juni in Fulda und im Oktober in München erwartet.

hma ■

Pro-NRW-Gast Robert Spieler als Herausgeber von Fanartikeln über „Faschismus 1943 bis 45"

„Pro Köln" und „Pro NRW" legen gern Wert darauf, als angebliche „Rechtsdemokraten" nicht mit der NPD und offenen Hitler-Anhängern in einen Topf geworfen zu werden. Nicht derart viel Wert auf Reputation zu legen oder mitunter mit offenerem Visier zu spielen, scheint unterdessen ihr mehrfach in NRW aufgetretener Gast aus Frankreich: Robert Spieler. Er berichtete noch jüngst für einen Teil der französischen extremen Rechten vom Pro-NRW-Spektakel „gegen Moscheen" in Gelsenkirchen und Duisburg, an dem er teilgenommen hat. Robert Spieler führte knapp zwanzig Jahre lang die elsässisch-regionalistische rechtsextreme Bewegung ‚Alsace d'abord' (Elsass zuerst) an, die sich 1989 vom Front National abspaltete. 2008 verließ Spieler die Regionalbewegung – welch letztere inzwischen mit dem Bloc identitaire eng verknüpft ist –, um Sprecher der neu gegründeten Sammlungsbewegung ‚Nouvelle Droite Populaire' (NDP, ungefähr „Neue Rechte der kleinen Leute") zu werden. Letztere ist bislang aber ziemlich erfolglos; abgesehen vielleicht von ihrem Teilbeitrag zu den Listen „Nein zu Minaretten" bei den jüngsten Regionalparlamentswahlen in Lothringen und im französischen Jura, die aber mit 3 % bzw. 2,5 % auch relativ geringe Stimmenanteilen erhielten.

Wie seit den letzten Märztagen aus einem Bericht beim rechten Sender ‚Radio Courtoisie', Robert Spielers Homepage und anderen Quellen in der extremen Rechten zu entnehmen war, ist Spieler als Unternehmer mit einem DVD-Versand namens „SEMIS Diffusion" unterwegs. (Ungefähr so, wie Jean-Marie Le Pen dereinst zu Anfang der siebziger Jahren seinen Plattenversand SERP betrieb, der u.a. deutsche Nazilieder vertickte.) Zu den ersten Produktionen, die Robert Spieler am 1. April dieses Jahres in der rechtsextremen Pariser Buchhandlung Primatice vorstellte – es handelte sich freilich nicht um einen Aprilscherz –, zählt die DVD „Bilder des Faschismus, 1943 bis 45" über die italienische „Republik von Salo", Hitlers Marionettenstaat am Gardasee. Die DVD ist offenkundig eher für Fans denn für Antifaschisten konzipiert. Ein zweiter Artikel aus Spielers Produktion ist eine DVD zum Leben von Pierre Vial, dem französischen Rassenideologen, der früher an der Universität Lyon-III „Indoeuropäerforschung" betrieb, bevor das einschlägig bekannte „Institut für indoeuropäische Studien" (IEIE) 1998 dichtgemacht wurde. Vial, der ab 2008 kurzzeitig frankreichweit bei der NDP aktiv war, leitet vor allem seinen eigenen Zirkel: „Erde und Volk" (Terre & peuple).

BhS, Paris ■

Stolberg: Mehr Nazis auf der Vorabenddemo, weniger beim „Trauermarsch"

In Stolberg marschierten am 2. und 3.4. wieder mehrere hundert Neonazis auf. Grund dafür war der Tod eines Jugendlichen bei einem Streit zwischen zwei Gruppen junger Männer Anfang April 2008. Wie letztes Jahr führten die Neonazis am Freitagabend einen Fackelmarsch durch, der als Vorabenddemo für den „großen Trauermarsch" am Samstag dienen sollte. An diesem Fackelmarsch beteiligten sich dieses Jahr ca. 230 Nazis, eine Steigerung im Vergleich zu den 90 Nazis des Vorjahres. Wie letztes Jahr war die Route des Trauermarsches Mühlener Bahnhof, Rathausstr, Frankentalstr, Am Großen Rad (Tatort). Die Nazis legten ihren Aufmarsch schweigend zurück, da die Polizei verfügt hatte, dass wegen des „stillen Feiertages" Karfreitag keine Parolen gerufen werden durften.

Antifas, die Parolen riefen, wurden von der Polizei direkt gefilmt. Teilweise positionierten sich PolizistInnen hinter den Protestierenden und gingen auf Leute zu, die „zu laut" riefen. Eine Person bekam deswegen einen Platzverweis. Währenddessen zogen etwa 750 StolbergerInnen mit einem „traditionellen ökumenischen Kreuzweg" hinter einem großen Holzkreuz durch die Straßen, hielten jedoch während die Nazidemo vorbeizog, eine Messe vor der Kirche auf der Salmstr. ab und ignorierten die Nazis. Nur einige Antifas und Stolberger Jugendliche versuchten an die Nazis heranzukommen; zu Blockaden kam es jedoch nicht.

Am Samstag sollte der „Trauermarsch" stattfinden. Trotz einer sehr umfangreichen und aufwendigen Mobilisierung in Deutschland und anderen Ländern kamen „nur" zwischen 450 und 500 Nazis nach Stolberg, was ungefähr der selben TeilnehmerInnenzahl wie letztes Jahr entspricht. Es waren hauptsächlich Nazis aus NRW, eine größere Gruppe aus Berlin/Brandenburg, sowie kleinere Gruppen aus den Niederlanden und anderen Ländern auf dem Aufmarsch. Der Aufmarsch bestand hauptsächlich aus sog. „Autonomen Nationalisten" und Mitgliedern der „Freien Kameradschaften". Die Nazis gingen die selbe Route wie letztes Jahr, dieses Mal jedoch auch durch die Mühle.

Während das Stolberger „Bündnis gegen Radikalismus" frohlockte, dass die Stolberger Innenstadt frei von Nazis blieb, durften diese durch das migrantisch geprägte Viertel Mühle ziehen. Das „Bündnis gegen Radikalismus" hatte zu einer Kundgebung in der Nähe der Mühle aufgerufen. Dort lauschte mensch verschiedenen RednerInnen. Zeitgleich mit dem Start der Nazidemo entfernte sich die bürgerliche Demo jedoch in Richtung Innenstadt, weit weg von den Nazis. Nur einzelne TeilnehmerInnen kehrten später zurück, um an der Naziroute vor Polizeisperren zu protestieren. Wie für Freitag hatten Antifas auch für Samstag zu Blockaden aufgerufen. Es gab zwei kurze Blockadeversuche, die von der Polizei geräumt wurden, in der Eschweilerstraße und in der Nikolausstraße. Es muss aber gesagt werden, dass es dem enormen Polizeiaufgebot sehr leicht fiel, die Umgebung der Naziroute dichtzumachen. *AK Antifa Aachen 5.4.2010* ■

Teil des Stadtteilparks Helle Mitte nach Kurt Julius Goldstein benannt

BERLIN. Im Dezember 2009 hat das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf beschlossen, die Nord-Ost-Hälfte des Stadtparks Hellersdorf als eigenständigen Park nach Kurt Julius Goldstein zu benennen. Kurt Julius Goldstein, über viele Jahre Bewohner des Bezirks, als Jude und Kommunist aktiv und während der Nazi-Zeit verfolgt, zu Zwangsarbeit verurteilt und in den Konzentrationslagern Auschwitz und Buchenwald inhaftiert, war Träger des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees und Ehrenvorsitzender der VVN-BdA.

Zu seinen Ehren und zur Erinnerung an den Schwur von Buchenwald ist der Park nun am Sonntag im Rahmen einer festlichen Namensgebung der Park eingeweiht worden.

Berliner VVN-BdA e.V.
http://berlin.vvn-bda.org ■

Radtour zw. Sachsenhausen und Ravensbrück

Eine Fahrradtour auf der Todesmarschstrecke der KZ-Häftlinge im Jahre 1945 aus den KZ Sachsenhausen und Ravensbrück bis zu ihrem Befreiungspunkt nahe Schwerin – das war die Idee der VVN-BdA in Schwerin, um das 65. Jahr der Befreiung vom Faschismus zu würdigen. Gleichzeitig sollte der Kampagne für ein Verbot der neofaschistischen NPD noch einmal ein Schub gegeben werden.

Tatsächlich war vielen Besuchern der VVN-Stände auf der Strecke die Kampagne noch nicht bekannt. Eine Gelegenheit, v.a. in Brandenburg für ein NPD-Verbot und die Arbeit der VVN-BdA zu werben. Von Sachsenhausen über Neuruppin, Wittstock und Parchim nach Schwerin führte die über 200 Kilometer lange Strecke, die verschiedene Teilnehmer abschnittsweise begleiteten. So beteiligten sich zwölf Jugendliche des Vereins „Mittendrin" an Pflegearbeiten am Denkmal für zwölf ermordete KZ-Häftlinge in Wukow und begleiteten den Fahradcorso bis Neuruppin. Der linke Jugendverein organisiert seit 1993 erfolgreich ein Wohnprojekt, bietet Bildungs- und Kulturarbeit sowie touristische Angebote an. Mehrfach war der Verein Ziel rechtsextremer Anschläge. In Neuruppin unterstützte der Kreisverband der Linken unter Achim Behringer mit einem Stand das Anliegen der VVN-BdA, Statements für ein NPD-Verbot zu sammeln. Bis nach Wittstock begleitete die Bundestagsabgeordnete der Linken Kirsten Tackmann die Fahrradgruppe auf ihrem Drahtesel. In Wittstock begrüßte der parteilose Bürgermeister Jörg Gehrmann neben Vertretern der Linken die Gruppe und kam mit den Beteiligten ins Gespräch. Er regte an, in Zukunft regelmäßig in Wittstock mit einer Gedenkveranstaltung an den Todesmarsch zu erinnern. Die längste Etappe führte mit über 80 Kilometern über die Gedenkstätte im Belower Wald nach Parchim. Im Belower Wald lagerten zehntausende Häftlinge mehrere Tage lang unter unvorstellbar unmenschlichen Bedingungen. Hunderte von ihnen wurden von der SS-Begleitmannschaft ermordet. Auf der gesamten Strecke von Ravensbrück über Parchim bis nach Schwerin waren in allen Orten die gut erhaltenen Gedenkschilder an den Todesmarsch der KZ-Häflinge zu sehen – zur Erinnerung und Mahnung, wie die Aktion der VVN-BdA.



http://befreiung.blogsport.de/ ■

Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen 2010 – „Aus der Geschichte für heute und morgen lernen"

Am 16. Internationalen workcamp der christlichen und gewerkschaftlichen Jugendverbände 22.3. - 1.4.2010 beteiligten sich 70 Jugendliche aus 9 Ländern: aus Finnland, Litauen, Rußland, Belarus, Slowakei, Israel, Südafrika, Niederlande und Deutschland. ➔



Beim Stadtrundgang in Celle erfuhren wir, wie der Widerstand der ArbeiterInnenbewegung von den Nazis verfolgt wurde, wer die Synagoge zerstörte und wer als Nazi-Verbrecher nach dem 2. Weltkrieg problemlos Karriere machen konnte, gar Oberbürgermeister und Ehrenbürger wurde. Die Geschichte des Holocaust, erzählt von den ehemaligen Häftlingen Yvonne Koch und Salomon Finkelstein, hat jeden von uns sehr bewegt und war viel eindrucksvoller als jedes Schulbuch.

Einige erneuerten die Schaukästen entlang des „Erinnerungsweges", der 6 km langen Stecke von der Bahnrampe ins Lager, die sich die völlig ausgemergelten Häftlinge hinschleppen mussten. Nicht besser ging es den gefangenen Soldaten der Roten Armee, die hier als Gefangene der Wehrmacht ohne ein Dach überm Kopf in Erdlöchern hausten und zu Zehntausenden in den Lagern am Truppenübungsplatz Bergen starben.

In Ostenholz erklärte ein Fallingbosteler Kriegsgegner Geschichte und Gegenwart dieses größten westeuropäischen Truppenübungsplatzes. Wie dafür Dörfer geräumt und dann der Überfall auf die Sowjetunion vorbereitet wurde. Und wohin es heute in neue Kriegseinsätze geht. Die Musikgruppe beschäftigte sich mit dem Mädchenorchester in Auschwitz und welche Bedeutung Musik für Opfer und Täter hatte. All unsere Arbeit wurde mit Foto und Film dokumentiert.

Im workshop „Aktuelles" haben wir das antifaschistische Bunte Haus in Celle, ein selbstbestimmtes Haus ohne Chef kennen gelernt. Ein Flüchtling berichtete wie er tagtäglich von deutschen Behörden als Mensch zweiter Klasse behandelt wird und viele Jahre ständig die überfallartige Abschiebung fürchten muss. Wir sprachen mit Menschen die, gegen das offizielle Wegsehen, Widerstand gegen Neonazis in Eschede, Essel, Dorfmark organisieren. Wir stellten fest, dass in Celle immer noch 15 Straßen nach alten Nazis benannt sind. Wir zogen mit einer Leiter durch die Stadt, klebten die wahren Biografien an Straßenschilder und nannten die Straßen um in „Street of Happiness" oder „Street of disco-dancers". Möge der Celler Stadtrat diesen Vorschlägen folgen. Wir haben in diesen Tagen gemeinsam gearbeitet, gefeiert und viele neue internationale Freundschaften geschlossen.

Infos: antifa.sfa.over-blog.com, bergen-belsen.blogspot.com ■

Neonazi-Combo zu Haftstrafen verurteilt

Frankreich. Wir berichteten vor knapp zwei Jahren über eine Neonazi-Splittergruppe im südlichen Pariser Umland, die unter dem Namen ‚Nomad-88' („88" als szeneübliches Kürzel für „Heil Hitler") auftrat. Ihre Mitglieder wurden Anfang Juni 2008 verhaftet, nachdem zwei respektive drei ihrer Aktivisten aus einem fahrenden Auto heraus in einem Pariser Vorort herumgeballert hatten. (Vgl. http://www.antifaschistische-nachrichten.de/2008/12/1spritztour. shtml)

Vom 15. bis 18. März dieses Jahres hat nun in der Bezirkshauptstadt Evry der Prozess gegen die Combo, den Berichten zufolge eher eine Mischung aus Loosern und Alkoholikern als eine aufwärts strebende Kaderbewegung, stattgefunden. Die Staatsanwaltschaft hatte im Vorfeld nicht Anklage wegen Mord- oder Totschlagsversuchs erhoben – dies hätte vor ein Geschworenengericht geführt –, sondern wegen illegalen Waffenbesitzes, was vor ein TGI (ungefähr: kreisweites Amtsgericht) führte. Dem Vernehmen nach erfolgte diese Entscheidung, „um der Gruppe und ihrem Prozess keine überragende Publizität zukommen zu lassen". Die Aufmerksamkeit in den Medien (vor allem im Fernsehen) war anfänglich auch sehr gering. Die linksliberale Pariser Tageszeitung ‚Libération' widmete dem Prozess dann am 3./4. April doch noch vier Seiten in ihrer Wochenendbeilage.

Die Urteile lauten auf sechs Monate (mit Bewährung) bis zu zweieinhalb Jahren ohne Bewährung. Alle Angeklagten zeigten sich vor Gericht „geläutert" und schworen ihren früheren Ideen ab. ‚Nomad-88' existiert seit längerem nicht mehr. Hingegen bildet die antisemitische Neonazigruppierung ‚Droite Socialiste' (Sozialistische Rechte), für welche die bierseligen Hohlköpfe von ‚Nomad-88' zeitweilig den Ordnerdienst spielten, heute eine Neonazi-Kleinstpartei unter dem Namen ‚Parti Solidaire Français' (PSF). Letztere scheint allerdings, u.a. nach einem Prozess Ende Januar d.J. in Paris, kaum noch aktiv zu sein. Ihre Homepage wurde seit circa drei Monaten nicht aktualisiert, die ihrer Bezirksorganisationen im Raum Paris schon länger nicht.

BhS, Paris ■

Antifa-Demonstration nach faschistischen Übergriffen

Lyon. Rund 2.000 Personen demonstrierten am Samstag, den 10. April in Lyon „gegen die extreme Rechte und gegen den Hass". Aufgerufen dazu hatten u.a. die linken Parteien NPA, Parti de Gauche, französische KP (PCF) sowie die Jungsozialisten (MJS); einige Gewerkschaften, unter ihnen SUD/Solidaires, die CGT-Bildungswesen und die anarcho-syndikalistische CNT; Solidaritätsinitiativen für „illegalisierte" ImmigrantInnen wie RESF und ‚Amoureux au ban public'; ATTAC im Département von Lyon oder Antirassismusvereinigungen wie der MRAP. Anlass dazu waren, neben dem jüngsten aggressiven Wahlkampf des Front National, vor allem sich häufende faschistische Attacken im Raum Lyon.

Gruppen von 40 bis 60 Anhängern der au-erparlamentarischen extremen Rechten, etwa aus dem ‚Bloc identitaire' und Umfeld, griffen in den letzten Monaten wiederholt linke Zentren und einzelne Aktive aus der Linken an.

So wurde in der Nacht vom 12. zum 13. März dieses Jahres das besetzte Zentrum ‚Le Grand Lyeu' von Rechtsradikalen attackiert. Dabei flog auch ein Molotowcocktail gegen das Gebäude, glücklicherweise wurde niemand verletzt.

Am 6. März waren Aktive der CNT und der Anarchistischen Koordination CGA angegriffen und verletzt worden. (Vgl. http://juralibertaire. over-blog.com/article-les-fascistes-travaillent-a-lyon-46676091.html)

Am 22. Januar dieses Jahres hatten 30 bis 40 faschistische Schläger eine Demonstration gegen die Lyoner „Debatte zur nationalen Identität", zu der Minister Eric Besson aus Paris anreiste, gewalttätig attackiert; wir berichteten. Zudem macht die „identitäre Jugend (Rebeyne)" öfter mit spektakulären Aktionen von sich reden.

Am 6. März d.J. legte sie mit mehreren Dutzend Anhängern eine Filiale der Fastfoodkette Quick, die „halal" zubereitetes (d.h. islamischen Speisevorschriften genügendes) Fleisch serviert, lahm.

Erst in jüngster Zeit finden in Frankreich wieder nennenswerte antifaschistische Mobilisierungen statt, nachdem die extreme Rechte seit 2007 – und dem damaligen Einbruch des FN bei Wahlen – fälschlich „halbtot" gesagt worden war. Am 27. März dieses Jahres fand eine Demonstration von rund 400 Personen in Chauny in der Picardie statt, wo es in jüngerer Zeit häufig zu gewalttätigen Übergriffen durch jugendliche und heranwachsende Rechtsradikale kam.

(Vgl. dazu einen Bericht mit Foto: http://www.libelyon.fr/info/2010/04/mobilisation-à-lyon-contre-lextrêmedroite. html)

Bhs, Paris ■

1. Mai 2010 – Gegen Nazis

Für die an verschiedenen Orten geplanten rechtsextremen Aufmärsche und Kundgebungen ist charakteristisch, dass dafür zumeist von NPD, Jungen Nationaldemokraten und „Freien Nationalisten“ gemeinsam mobilisiert wird. Das gilt sowohl für die Aktion in Schweinfurt als auch für Aufrufe für Rostock, wo sich die Neonazis in Lütten-Klein um 11.00 Uhr am Bahnhof sammeln wollen und für Berlin, wo 12.00 Uhr als Treffpunkt gilt. Für Berlin trommeln auch die Neonazis aus dem Land Brandenburg.

Die Planung für einen Marsch von Fürth nach Nürnberg ist offensichtlich durcheinander geraten, so dass einzelne Einheiten der desolaten bayrischen NPD und des „nationalen Widerstandes“ dazu aufrufen, mit Reisebussen zur „Großdemonstration“ nach Erfurt zu fahren. Dort ist als Ausgangspunkt der Erfurter Hauptbahnhof am Mittag angegeben.

Nach den Niederlagen in Dresden und Chemnitz will die sächsische NPD zusammen mit anderen Neonazis am 1. Mai durch die Zwickauer Bahnhofsvorstadt marschieren.

Inhaltlich zeigen sich hinsichtlich Losungen, Aufrufen und Stellungnahmen im Internet wenig Nuancen. In Rostock findet sich hinter der Parole „Freiheit statt BRD“ eine lange Liste von Anklagen gegen die unsoziale Politik in der Bundesrepublik. In Thüringen wird „Arbeit statt Abwanderung“ – „Wir bleiben hier – Wir packen an!‘ – propagiert und die Anklage auf die neue Landesregierung konzentriert, deren Bilanz als erwartungsgemäß ernüchternd eingeschätzt, was an fehlenden Maßnahmen gegen die weiter zunehmenden sozialen Verwerfungen und die konstant hohe Ab- und Auswanderung festgemacht wird. Die Parole für Zwickau lautet „Arbeit für Deutsche! Fremdarbeiter-Invasion stoppen!“

Der eher langatmigen Erklärung aus der Redaktion der Jungen Nationaldemokraten, mit der die geplanten Demos in Berlin und Schweinfurt unterstützt werden, weshalb der „Tag der Deutschen Arbeit“ heute in Zeiten der Wirtschaftskrise wichtiger denn je sei, ist als Überschrift vorangestellt „Unserem Volk eine Zukunft – Den bestehenden Verhältnissen den Kampf ansagen – Nationaler Sozialismus jetzt!“.

In Berlin will sich am 1. Mai ein breites Bündnis aus Zivilgesellschaft, Politik, Gewerkschaften und einzelnen Engagierten, das an die Lehren der Geschichte erinnert, den Nazis entgegenstellen. Es ruft zum „bunten Widerstand“ unter der Losung „Am 1. Mai bleibt Berlin nazifrei!“ auf. Angespornt durch die antifaschistischen Aktionen in Dresden am 13. Februar heißt es auch hier: „Wenn Nazis marschieren, werden wir blockieren“. Ausdrücklich wird auf die Möglichkeit durch Aktionen des Zivilen Ungehorsams mit Massenblockaden die Nazis zu stoppen, hingewiesen und betont, „von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen“. Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehören neben Organisationen der Linkspartei, der Jungsozialisten, von verdi und der autonomen Antifa weit über 100 Persönlichkeiten, darunter die Vizepräsidenten des Bundestages Wolfgang Thierse und Petra Pau, die Parteivorsitzenden der Linkspartei und der Grünen, der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses Walter Momper und der Landesvorsitzende der Berliner SPD Michael Müller, zahlreiche weitere Abgeordnete des Bundestages, des Abgeordnetenhauses und anderer parlamentarischer Gremien.

Auch gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch in Zwickau rufen Antifaschisten der VVN-BdA in Zwickau zum Widerstand, appellieren an Stadt und Landkreis, alle rechtlichen Maßnahmen auszuschöpfen, um diesen zu unterbinden, an die vorhandenen Bündnisse, gegebenenfalls auch durch gewaltfreie Blockaden wirksam zu werden und an alle Bürger, sich an Protestaktionen entlang der Aufmarschstrecke zu beteiligen.

Newsletter DIE LINKE - BAG Rechtsextremismus / Antifaschismus
Antifa aktuell 4 / 2010 ■

Städte Würzburg und Schweinfurt verbieten Nazi-Aufmärsche

Die Städte Würzburg und Schweinfurt haben die geplanten Aufzüge des nationalen und sozialen Aktionsbündnisses am 1. Mai in Schweinfurt verboten. Hauptgrund für die Verbote ist eine massive Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei Durchführung der Veranstaltungen. Dies stützt sich u. a. auf Erkenntnisse bezüglich des Veranstalters und dessen Auftreten bei vorangegangenen Veranstaltungen, auf das allgemein von der Veranstaltung ausgehende Gefährdungspotenzial und die damit einhergehende Mobilisierung militanter Gegner, die Vielzahl von Veranstaltungen an diesem Tag in Schweinfurt und in Würzburg, die dem Charakter nach der Integration dienen. Insbesondere wird auch die nationalsozialistische Symbolkraft des 1. Mai und die Aktionen von Hitler gegenüber den Gewerkschaften als Verbotsgrund mit angeführt. Der Schweinfurter Stadtrat hat in seiner Sitzung am 23. März 2010 beschlossen, alle rechtlich zulässigen Maßnahmen bis hin zu gerichtlichen Schritten zu ergreifen, um den geplanten Demonstrationszug zu unterbinden. Der Würzburger Stadtrat wartete mit einem ähnlichen Beschluss schon im Februar auf. Es darf allerdings davon ausgegangen werden, dass der Veranstalter – das „Nationale und soziale Aktionsbündnis 1. Mai“ – gegen diese Entscheidungen der Städte gerichtlich vorgehen wird. Die Einsprüche werden wohl vor dem Verwaltungsgereicht in Würzburg verhandelt werden. „Angesichts der Gerichtsentscheidungen der vergangenen Jahre gehen wir davon aus, dass die völlig richtigen Verbote der Städte wahrscheinlich per Gerichtsbeschluss aufgehoben werden und die Naziaufmärsche dennoch stattfinden.“, sagt DGB Regionsvorsitzender Frank Firsching. Deshalb werden beide Bündnisse weiter an den friedlichen Gegenmaßnahmen konzentriert arbeiten und auch in der Mobilisierung nicht nachlassen! „An der Stelle möchte ich allen Bündnispartnern in Würzburg und Schweinfurt herzlich für die Solidarität danken.“, so Firsching.

Ein weiterer Hinweis auf den Ernst der Lage konnte am 12.4. an den Türen des „alten“ DGB-Hauses in der Wilhelm-Leuschner-Straße in Schweinfurt besichtigt werden. An den Türen waren Nazi-Werbeplakate für den eigenen Aufmarsch in Schweinfurt angeklebt. Ein klarer Fall von Sachbeschädigung. Obwohl es dem Hausmeister des neuen Hauseigentümers, dem Integrations- und Bildungsverein in aller Frühe gelang, die Plakatierung größtenteils zu beseitigen. So wie es aussieht, gibt es also auch in Schweinfurt Nazis.

Quelle: www.dgb-schweinfurt.de, 12.04.10 ■

„Mathilde mach den Laden zu“





DORFMARK - BAD FALLINGBOSTEL. Gegen die Ostertagung des rassistischen „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“ protestierten am Karfreitag 2.4.10 im Ortsteil Dorfmark 120 Menschen. Eingeladen hatten Grüne, DGB, Linke, später auch SPD und Jusos. Die meisten Teilnehmenden waren junge AntifaschistInnen aus verschiedenen Orten der Lüneburger Heide. Gekommen waren auch Delegationen der Bündnisse gegen Rechts aus Celle, Fassberg, Verden und von der VVN/BdA.

Von dem mit Mühen entstandenen Fallingbosteler Bürgerbündnis nahmen nur Einzelne teil. Im März spielten Handballer einmal in Trikots „für Toleranz und Vielfalt“ und die evangelische Kirche lud am Ostersamstag zur Friedensandacht.

Entgegen der Aufforderung einer Resolution des Rates der Stadt Bad Fallingbostel, machen Dorfmarker Hoteliers und Zimmervermieter weiterhin Geschäfte mit den Ludendorffern. Die rechte Sekte unterteilt die Menschen in höherwertige „Lichtrasse“ und minderwertige „Schachtrasse“ und wendet sich gegen eine angebliche Schädigung von Kindern durch sogenannte „verjudete christliche Erziehung“.

Die Ludendorffer begrüßten diesmal mit Hajo Herrmann einen prominenten Altnazi. Herrmann bombardierte bereits als Flieger in Hitlers Legion Condor die spanische Republik. Der Göring-Freund und Inspekteur der deutschen Luftverteidigung im 2. Weltkrieg gilt als Urgestein neonazistischer Vernetzung. Sein Wort besitzt Gewicht. Bei NPD und DVU tritt der unbelehrbare rüstige Altnazi immer noch bei Bundesparteitagen, Kongressen und Nazi-Aufmärschen auf.

Die Protestaktion am Karfreitag fand wieder unterhaltsame Formen. So beteiligte sich die Mehrheit an einer Spontan-Demonstration zwischen den Tagungs-Hotels der Ludendorffer. Ein bekannter Barde und Liedermacher aus der Nähe von Dorfmark verulkte die rechte Sekte mit einem satirischen Lied und wurde dabei belustigt aus 120 Kehlen, dem „Mahnwachen- und Autonomen-Chor“, unterstützt.

Dorfmarker wegen Hitlergruß verhaftet

Indes gab es wie in den Vorjahren wieder Beleidigungen von einzelnen Dorfmarkern gegen AntifaschistInnen. Wegen zeigen des Hitlergrußes nahm die Polizei einen Dorfmarker in Arrest. Zwei Tage zuvor hatte der polizeiliche Staatsschutz DGB-Funktionär Charly Braun zur Stellungnahme zu einem in Dorfmark verbreiteten Gerücht aufgefordert. Danach habe Charly Braun „Leute eingeladen, um Dorfmark zu entglasen“. Der schon mehrfach in Dorfmark beleidigte und bedrohte Gewerkschaftsfunktionär behält sich vor, Strafanzeige wegen Verleumdung zu erstatten.

Die Ludendorffer werden vor Ort oft als friedliche Leute, die seit über 30 Jahren Geld ins Dorf bringen, verteidigt. Als sich am Ostersonntag Medienvertreter dem Tagungshaus Hotel „Zur Post“ näherten, wurden sie an der Dokumentation der Veranstaltung behindert, als „Bolschewistenpack“ und „Kriminelle“ beschimpft sowie massiv bedrängt.

Nachdem AnhängerInnen der „Artgemeinschaft“, einer weiteren rassistischen Sekte, sowie der ehemalige Wehrmachts-Offizier Hajo Hermann den Ort erreichten, folgten den Verbalattacken schnell Handgreiflichkeiten. Mitglieder des „Bund für Gotterkenntnis“ versuchten deren Ankunft abzuschirmen, attackierten erneut die unliebsamen Berichterstatter und beschädigten gezielt deren Kamera-Ausrüstung. Die Behörden leiteten inzwischen Ermittlungen ein. Während überregionale Medien, u.a. NDR, Weser-Kurier, taz berichteten, ist in der Lokalpresse noch Tage danach nichts zu finden.

Den Überblick liefert:

antifa.sfa.over-blog.com

Die Organisatoren des Protestes zeigten sich erfreut über die gute Beteiligung an der Mahnwache und sie sind optimistisch, dass im nächsten Jahr weniger Dorfmarker Zimmervermieter das Treffen des Rassistenclubs unterstützen werden.

ein Zeitzeuge aus Dorfmark
Fotos: DGB-KulturAK ■

Vier Strophen aus dem „Mathilde-Zyklus“ des lokalen Liedermachers, gesungen vom „Autonomen- und Mahnwachen-Chor“:
Melodie: Freifrau von Droste Vischering

Es kommen seit Jahren, ja seit Jahren
Gar seltsam Leut' gefahren, ja gefahren
Sie sind ein bisschen wunderlich, sehr grausig und absonderlich
Sie suchen zwischen Moor und Torf
Erleuchtung bei Frau Ludendorff.

Die Brüder und die Schwestern, ja die Schwestern
Die sehnen sich nach Gestern, ja nach Gestern
Für Führer, Volk und Vaterland, noch mal mit Vollgas an die Wand
Schuld sind daran die Anderen, die tun uns unterwanderen.

Kommunisten, Demokraten, Demokraten
Die planen schlimme Taten, schlimme Taten
Die Juden und die Christen, die woll'n uns überlisten
Drum lesen wir Mathilde, dann sind wir voll im Bilde.

Mathilde, mach den Laden zu, ja den Laden zu
Dann hat die liebe Seele Ruh', die liebe Seele Ruh'
Wenn Alt- und Neufaschisten sich aus der Welt verpissten
Wie wären da die Leute froh, in Dorfmark und auch anderswo.

Am 11. April 2010 versammelten sich – wie alle Jahre zuvor – auf dem Ettersberg bei Weimar mehrere hundert Menschen, um auf Einladung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD) der Selbstbefreiung des Lagers vor 65 Jahren zu gedenken. In diesem Jahr nahmen auf Einladung der Gedenkstätte etwa 80 Überlebende des Lagers, unter ihnen 50 Häftlinge, die damals als Kinder und Jugendliche in Buchenwald eingekerkert waren, teil. Die Erinnerung an die Rettung der über 900 Kinder und Jugendlichen vor der Vernichtung der SS durch das Handeln des organisierten Häftlingswiderstandes stand im Mittelpunkt des diesjährigen Gedenkens.

Der Präsident des IKBD Bertrand Herz begrüßte die Teilnehmenden und forderte: „Seien Sie nicht nur die Zeugen unseres Gedenkens, sondern die Träger der Werte, die wir immer verteidigt haben."

Die Gedenkveranstaltung wurde aufgrund des Jubiläumsjahres auch von der Bundesregierung und der Thüringer Landesregierung mitgetragen. Daher war es nicht zu vermeiden, dass auch Politiker sprachen, z. B. Bundestagspräsident Lammert, die Thüringer Ministerpräsidentin Lieberknecht und als Vorsitzender der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald - Dora Kultusminister Matschie. Ihre Beiträge waren nicht besonders tiefschürfend, enthielten aber auch keine wirklichen Provokationen, wie sie noch 1995 vom damaligen Thüringer Ministerpräsidenten Vogel geäußert wurden.

Es war die Rede von Jorge Semprún, Literaturnobelpreisträger und spanischer Antifaschist, der durch den Widerstand der illegalen Häftlingsorganisation im „kleinen Lager" überleben konnte, die dieser in deutscher Sprache auf dem Appellplatz hielt, in der er in aller Deutlichkeit „die Realität des bewaffneten Aufstands" unterstrich, die den Teilnehmenden der Kundgebung aus dem Herzen sprach.

Nicht nur aus Thüringen, sondern aus allen Teilen der Bundesrepublik waren Antifaschisten mit Bussen und individuell angereist, um mit ihren Fahnen und Transparenten deutlich zu machen, dass sie sich in der politischen Tradition des Schwurs der Häftlinge von Buchenwald verstehen und das Vermächtnis auch über die Zeit der Zeitzeugen hinaus bewahren werden.

Auf Einladung der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora trafen sich am Vormittag Familienangehörige ehemaliger Buchenwalder an diesem Jahrestag auf dem Ettersberg. Über 200 Frauen, Kinder, Enkel und andere Verwandte hatten sich eingefunden und versprachen, das Vermächtnis der Buchenwalder zu bewahren, „weil wir Frieden, Demokratie und Freiheit als für die Menschheit lebensnotwendig ansehen", wie es in der Anschlusserklärung heißt.

Ulrich Schneider
Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/ Freundeskreis e.V. ■



Die Realität des bewaffneten Aufstands

Feier zum 65. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald

Rede von Jorge Semprún, Schriftsteller, spanischer Kulturminister a. D. und ehemaliger Buchenwaldhäftling

Am 11. April 1945 – also vor fünfundsechzig Jahren – fuhr ein Jeep der amerikanischen Armee vor das Eingangstor des Konzentrationslagers Buchenwald.

Zwei Männer sprangen herunter.

Über einen der beiden weiß man nicht viel. Die zur Verfügung stehenden Dokumente erklären kaum etwas. Fest steht lediglich, dass es sich um einen Zivilisten handelt. Aber: warum war er da, in der Vorhut der Sechsten Panzerdivision des nordamerikanischen Militärs unter Führung von General Patton? Welchen Beruf übt er aus? Was ist seine Aufgabe? Ist er vielleicht Journalist? Oder, vermutlich wahrscheinlicher, ist er Experte oder Zivilberater eines militärischen Informations- und Aufklärungsdienstes? Man weiß es nicht.

Jedenfalls steht er, nachmittags um fünf Uhr an einem denkwürdigen Tag, vor dem monumentalen Eingangstor des Konzentrationslagers. Er steht da, begleitet den zweiten Mann des Jeeps.

Dessen Identität kennt man: er ist Leutnant, mehr noch, Oberstleutnant, ein Offizier der militärischen Aufklärung, die der Psychologischen Kriegsführung des Stabs von General Omar N. Bradley zugeordnet ist.

Wir wissen nicht, was die beiden Amerikaner dachten, als sie vom Jeep herabsprangen und die Inschrift in schmiedeeisernen Buchstaben betrachteten, die über dem Gittertor von Buchenwald steht: JEDEM DAS SEINE.

Wir wissen nicht, ob sie Zeit hatten, um wenigstens flüchtig das ganze Ausmaß dieses kriminellen und arroganten Zynismus im Gedächtnis zu registrieren. Ein Satz, der sich auf die Gleichheit der Menschen bezieht, der am Eingang eines Konzentrationslagers steht, dieses todbringenden Ortes, dieses Ortes, an dem nur das völlig willkürliche und brutalste Unrecht praktiziert wurde, wo es für die Deportierten nur eine Gleichheit gab: die Gleichheit vor dem Tod.

Der gleiche Zynismus findet sich in dem Satz, der über dem Eingangstor zu Auschwitz steht: ARBEIT MACHT FREI. Ein Zynismus, der für die Nazimentalität absolut charakteristisch war.

Wir wissen nicht, was die beiden Amerikaner in jedem historischen Augenblick dachten. Aber wir wissen sehr wohl, dass sie mit Jubel und Applaus von den bewaffneten Deportierten begrüßt wurden, die damals am Eingangstor von Buchenwald Wache hielten. Wir wissen, dass sie wie Befreier gefeiert wurden. Und das waren sie, in der Tat.

... Der Zivilist hießt Egon W.Fleck und der Oberstleutnant Edward A. Tenenbaum. Lasst uns hier, auf dem Appellplatz von Buchenwald, fünfundsechzig Jahre später, auf diesem dramatischen Platz, diese beiden vergessenen und großartigen Namen wiederholen: Fleck und Tenenbaum.

Hier, wo die kehlige, unwirsche, aggressive Stimme des Rapportführers hallte, an jedem Tag in jeder Woche, wo er Befehle und Beleidigungen austeilte; hier, wo durch die Lautsprecheranlage an manchen Sonntagnachmittagen auch die sinnliche und warme Stimme von Zarah Leander zu hören war mit ihren immergleichen Liebesschnulzen, hier wollen wir laut, so laut wie nur möglich, und wenn wir schreien müssten, diese beiden Namen

wiederholen. Egon W. Fleck und Edward A. Tenenbaum.

Und dies ist nun die wunderbare Ironie der Geschichte, eine unglaublich signifikative Revanche der Geschichte: die beiden ersten Amerikaner, die mit dem Befreiungsheer an den Eingang von Buchenwald kommen, an jenem 11. April 1945, sind zwei jüdische Männer. Und als ob das noch nicht genug wäre: es handelt sich um zwei amerikanische Juden deutscher Herkunft, die vor nicht allzu langer Zeit emigriert sind.

Wir wissen, aber dennoch ist es nicht müßig, diese Tatsache zu wiederholen, dass in dem imperialistischen Angriffskrieg, den der Nationalsozialismus 1939 in Gang setzte, und der auf die Schaffung einer totalitären Vorherrschaft in Europa und vielleicht sogar in der ganzen Welt abzielte, wir wissen, dass es in diesem Krieg eine eminent wichtige, eine essentielle Absicht gab: das jüdische Volk kontinuierlich und konsequent auszurotten, ein wahnsinniges und dennoch prioritäres Vorhaben, das zu den Kriegszielen Hitlers gehörte.

Ohne ein Geheimnis daraus zu machen noch irgendein Zugeständnis an etwaige moralische Restriktionen, bildete der rassische Antisemitismus Teil des genetischen Codes der Ideologie des Nazismus, und dies seit den ersten Schriften von Hitler, seit seinen allerersten politischen Aktivitäten.

Für die so genannte ENDLÖSUNG der jüdischen Frage in Europa, organisiert der Nazismus die systematische Vernichtung im Archipel der Sonderlager des Komplexes Auschwitz-Birkenau, in Polen.

Buchenwald zählt nicht zu besagtem Archipel. Es ist kein direktes Vernichtungslager, mit der kontinuierlichen Aussonderung und Entsendung von Häftlingen in die Gaskammern. Es ist ein Zwangsarbeiterlager, ohne Gaskammern. Der Tod in Buchenwald ist das natürliche und vorhersehbare Ergebnis der extrem harten Arbeitsbedingungen, der systematischen Unterernährung. Folglich ist Buchenwald ein JUDENREINES Lager. Dennoch kennt Buchenwald aufgrund konkreter historischer Ursachen zwei verschiedene Etappen massiver Präsenz von jüdischen Deportierten.

Eine dieser Etappen fällt in die ersten Jahren der Existenz des Lagers, als nach der Kristallnacht und dem allgemeinem Pogrom, von Hitler und Goebbels im November 1938 persönlich organisiert, Tausende von Juden, insbesondere von Frankfurter Juden, nach Buchenwald geschickt wurden. ...

Die zweite Etappe der jüdischen Präsenz in Buchenwald fällt in das Jahr 1945, gegen Kriegsende, konkret in die Monate Februar und März. Zu jener Zeit wurden zehntausende von jüdischen Überlebenden aus den Lagern im Osten auf Befehl der SS nach Mitteldeutschland evakuiert, wegen des Vormarsches der Roten Armee.

Tausende von ausgemergelten Deportierten kamen nach Buchenwald – darunter auch Sinti und Roma –, wurden unter unmenschlichen Bedingungen herbeigeschafft, mitten im Winter, aus dem fernen Polen. Viele starben während dieser endlos langen Fahrt. Jene, die Buchenwald noch erreichen konnten, das damals bereits übervolle Lager, wurden in den Baracken des Quarantänelagers, im KLEINEN LAGER, untergebracht oder in Zelten und Feldlagern, die eigens für ihre notdürftige Unterbringung errichtet wurden.

Unter diesen tausenden von Juden... gab es viele Kinder und Jugendliche. Die klandestine antifaschistische Organisation von Buchenwald machte es möglich, dass diesen jüdischen Kindern und Jugendlichen, die Auschwitz überlebt hatten, ein wenig geholfen werden konnte. Nicht viel, und dennoch war es äußerst riskant: es war eine wichtige Geste der Solidarität, der Brüderlichkeit.

Unter diesen jüdischen Heranwachsenden befand sich Elie Wiesel, der künftige Friedensnobelpreisträger. Unter ihnen befand sich auch Imre Kertesz, der künftige Literaturnobelpreisträger.



Über 900 Kinder und Jugendliche konnten im KZ Buchenwald von der internationalen Widerstandsorganisation geschützt und gerettet werden. Bild: Ein befreiter Häftling mit drei befreiten Kindern im KZ Buchenwald April 1945.

Als Präsident Barack Obama vor ein paar Monaten Buchenwald besucht hat, begleitete ihn Elie Wiesel, heute nordamerikanischer Staatsbürger. Man kann vermuten, dass Wiesel diese Gelegenheit nutzte, um den Präsidenten der Vereinigten Staaten über die Erfahrung jener unauslöschbaren Vergangenheit zu informieren, über seine persönlichen Erfahrungen als jüdischer Jugendlicher in Buchenwald.

Auf jeden Fall scheint es mir angemessen, in diesem feierlichen Augenblick, an diesem historischen Ort, an die Erfahrung jener jüdischen Kinder und Jugendlichen zu erinnern, Überlebende von Auschwitz, dem letzten Kreis der Hölle der Nazis. An jene zu erinnern, die aufgrund ihres literarischen Talents und ihrer öffentlichen Aktivitäten, wie Imre Kertesz und Elie Wiesel, bekannt wurden wie auch an jene, die als einfache Helden in die Anonymität der Geschichte eingegangen sind.

Auch ist dies kein schlechter Moment, um eine Tatsache zu betonen, die sich unausweichlich am Horizont unserer Zukunft abzeichnet. Ich habe es schon vor fünf Jahren im Nationaltheater von Weimar gesagt: die am längsten andauernde Erinnerung an die Nazilager wird die jüdische Erinnerung sein. Und diese wird ihrerseits – wie geschildert - nicht auf die Erfahrungen von Auschwitz und Birkenau begrenzt sein. Seit Januar 1945 wurden nämlich angesichts des Vormarsches der Sowjetarmee, wie ich schon sagte, Tausende und Abertausende von deportieren Juden in die Konzentrationslager von Mitteldeutschland evakuiert.

Daher ist es möglich, dass in der Erinnerung von jüdischen Kindern und Jugendlichen, die das Jahr 2015 sicher überleben werden, ein globales Bild der Vernichtung fortbestehen wird: Eine universalistische Reflexion ist möglich und, wie

ich glaube, auch wünschenswert: in diesem Sinn obliegt dem jüdischen Gedächtnis eine große Verantwortung: alle europäischen Erinnerungen an den Widerstand und das erlittene Leid haben in den nächsten zehn Jahren als letzte Zuflucht und Bollwerk gegen das Vergessen nur noch die jüdische Erinnerung an die Vernichtung. Es ist die älteste Erinnerung an jenes Leben, da es eben die in jüngstem Alter erlebte Erfahrung des Todes war.

Aber kehren wir einen Augenblick zu jenem 11. April 1945 zurück. Kehren wir zurück zu dem Augenblick, an dem Egon W. Fleck und Edward A. Tenenbaum ihren Jeep vor dem Tor von Buchenwald zum Halt bringen.



Wenn ich viele Jahre jünger wäre, würde ich jetzt vermutlich eine historische Ermittlung beginnen, eine romanhafte Erforschung jener beiden Personen, eine Untersuchung, die den Weg zu einem Buch über jenen 11. April von vor mehr als einem halben Jahrhundert auftun würde, zu einer literarischen Arbeit, in der Fiktion und Wirklichkeit sich wechselseitig stützen und bereichern würden. Aber mir bleibt keine Zeit mehr für ein solches Abenteuer.

Ich beschränke mich daher darauf, an einige Sätze aus dem vorläufigen Bericht zu erinnern, den Fleck und Tenenbaum zwei Wochen später, genau am 24. April, für ihre militärischen Vorgesetzten verfassten, und den man in den Nationalarchiven der Vereinigten Staaten finden kann.

Als wir in die große Zufahrtsstraße einbiegen – so schreiben die beiden Amerikaner – sahen wir Tausende von Männern, in Lumpen gekleidet und ausgemergelt, die in disziplinierten Formationen nach Osten marschierten. Diese Männer waren bewaffnet und hatten Vorgesetzte, die sie umstellten. Einige Abteilungen trugen deutsche Gewehre, andere hatten „Panzerfäuste“ über den Schultern hängen. Sie lachten und machten Gesten wütender Fröhlichkeit, während sie weitergingen … das waren die Deportierten von Buchenwald, die sich zum Kampf aufmachten, währen unsere Panzer sie mit 50 Stundenkilometern überholten.

Dieser „vorläufige Bericht“ ist dank verschiedener Gründe von Bedeutung. Zunächst und vor allem, weil die beiden Amerikaner, unvoreingenommene Zeugen, ganz klar die Realität des bewaffneten Aufstands beschreiben, den der antifaschistische Widerstand in Buchenwald organisiert hatte – und der während der Jahre des Kalten Krieges zu vielen Polemiken geführt hatte.

Am wichtigsten aber, jedenfalls für mich, und zwar wegen des menschlichen und literarischen Standpunktes, ist ein Wort in diesem Bericht: das deutsche Wort „Panzerfaust“.

Fleck und Tenenbaum schreiben ihren Bericht in der Tat auf Englisch, logischerweise. Aber als sie sich auf die individuelle Waffe beziehen, die gegen einen Panzer gerichtet werden kann, und die in nahezu allen Sprachen der Welt „bazooka“ heißt, und ganz sicher heißt sie so in Englisch, greifen sie auf das deutsche Wort zurück.

Das legt mir den Gedanken nahe, dass Fleck und Tenenbaum, der Zivilist und der Militär, Amerikaner jüngerer deutscher Herkunft sind. Und so beginnt ein neues Kapitel in der romanhaften Erforschung, die ich gerne anfangen würde. Aber es gibt noch einen weiteren, ganz persönlichen Grund, warum der Begriff „Panzerfaust“, wörtlich also die Faust gegen den Panzer, für mich so wichtig ist. An jenem 11. April 1945 befand ich mich nämlich in der Kolonne bewaffneter Männer, die wütend und fröhlich waren. Ich war einer der „bazooka“-Träger.

Der Deportierte 44904, auf seiner Brust das rote Dreieck, und auf schwarzem Grund war der Buchstabe „S“, für Spanier, aufgedruckt. Dieser Spanier war ich, inmitten der jubilierenden Träger von Bazookas oder Panzerfäusten.

Heute, so viele Jahre später, auf diesem dramatischen Raum, dem Appellplatz von Buchenwald, an der letzten Grenze eines Lebens von zerstörten Gewissheiten und von Illusionen, die ich gegen Wind und Wetter bewahrt habe, erlauben Sie mir eine heitere, gelassene und brüderliche Erinnerung an jenen jungen Mann, der mit 22 Jahren eine Bazooka in seinen Händen hielt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(übersetzt von Michi Strausfeld)

Rebecca Rinas, Internationale Freiwillige aus den USA an der Gedenkstätte Buchenwald

... Ich heiße Rebecca Rinas, komme aus den USA, und arbeite dieses Jahr als Freiwillige in der Gedenkstätte Buchenwald.

... Die Entscheidung als Freiwillige in der Gedenkstätte zu arbeiten habe ich mir nicht leicht gemacht. Vor allem auch deshalb, weil die Auseinandersetzung mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges nie im Vordergrund meines Studiums stand. Dies sind Dinge, denen ich mich aus komfortablem Abstand genähert habe. Ereignisse, die so entsetzlich und unglaublich sind, dass es zuweilen den Anschein hat, sie seien eher eine fiktionale Geschichte als die Realität. Tatsächlich, gibt es keine direkte Verbindung oder Erfahrung, die ich mit den Geschehnissen dieses Ortes teile. Niemand aus meiner Familie war Häftling oder Befreier. Ich habe an der Universität nicht Geschichte studiert, und ich bin nicht auf der Suche nach zukünftigen Berufsmöglichkeiten durch meinen Freiwilligendienst.

Aber mein Standpunkt ist folgender: Trotz der genannten Faktoren fühle ich mich mit der Gedenkstätte und der Arbeit verbunden, die hier geleistet wird. Wie ist das möglich? Es ist möglich, weil sich die Idee, die hinter der Arbeit einer solchen Gedenkstätte steckt, nicht allein auf eine unmittelbare persönliche Verbindung oder eine Erfahrung zu einem geschichtlichen Ereignis beschränkt. Vielmehr geht es um die Verbindung, die man zu seinen Mitmenschen aufbaut. Diese Verbindung – davon bin ich überzeugt – kann die Grenzen der ethnischen und nationalen Zugehörigkeit, der Religion, des Alters und des Geschlechts überwinden. ... Diese Idee ist es, die mich hierher gebracht hat. ... Die einzige Chance, die wir als Menschen haben, ist, zukünftige Generationen so aktiv wie möglich über die Fehler der Vergangenheit zu informieren, und darüber, was passieren kann, wenn wir den Verführungen von Hass, Propaganda und Rassismus erliegen. Jede Person, die wir auf diesem Weg erreichen, bringt neue Hoffnung für die Zukunft. ... Und so kann ich unseren Gästen sagen, dass es auch in meiner Generation Menschen gibt, die ihre Geschichte weiter in die Zukunft tragen werden, um Sie und Ihre Erinnerungen zu ehren und sicherzustellen, dass das, was Sie erlitten haben nicht bedeutungslos war und sein wird. Darüber hinaus werden wir versuchen, für die universelle Idee von Toleranz und Respekt einzustehen und sie zu verwirklichen. ... ■

Alle Fotos von der Gedenkfeier: VVN-BdA Aachen

Frankreich:
Die Zemmour-Affäre:

Ultraprominenter konservativer Journalist streitet für Diskriminierungsfreiheit. Ein Teil der extremen Rechten verteidigt ihn vehement – während ein anderer Teil gegen ihn als „Juden" mobil macht

Wie weit darf freie Meinungsäußerung gehen? Und was fällt darunter? Diese Fragen treiben derzeit Frankreich und seine Medien um. Die Freiheit der Meinungsäußerung wird von der einen Seite her allenthalben bemüht. Willkommener Anlass, um das schon seit längerem bekannte Lied von der „Diktatur der Politischen Korrektheit", der antirassistischen „Meinungspolizei" und den „Tugendwächtern im öffentlichen Diskurs" anzustimmen.

Den Konfliktgegenstand lieferte Eric Zemmour, einer der wohl bekanntesten Journalisten in Frankreich, der zwar aus der Printpresse (Le Quotidien de Paris, Le Figaro) kommt, doch in den letzten zwei bis drei Jahren auf den Fernsehbildschirmen fast unvermeidbar geworden ist – im öffentlich-rechtlichen Sender France 2 ebenso wie beim Privatsender RTL. Als Talkshow-Dauergast an jedem Samstag Abend, der die wechselnden Gäste provozieren soll, oder als politischer Kommentator im Frühstücksfernsehen wurde „Z wie Zemmour" – wie er sich unter Anlehnung an Zorro in jüngster Zeit nennen lässt - zur Quasi-Institution.

Zemmour ist ein französischer Nationalist von der EU-kritischen bis -feindlichen Sorte, der sich in bonapartistischer Tradition sieht, wie er in seinem Anfang März publizierten Buch Mélancolie française ausführlich darlegt. Darin schildert er den Aufstieg und – aktuell von ihm diagnostizierten – Niedergang des französischen Nationalstaats als den eines „neuen Römischen Imperiums". Frankreichs historisches Schicksal sei es, so führte Zemmour auch in der ersten Aprilwoche 2010 bei einem seiner Fernsehauftritte aus, eine „beherrschende Stellung" in einem geographischen Raum von Köln und dem Rheinland über Paris bis nach Norditalien einzunehmen. Ganz in diesem Sinne sprach Zemmour sich in derselben Woche für eine Spaltung Belgiens und eine Annäherung von dessen französischsprachiger Südhälfte an Frankreich aus – ein Auftritt, der in Brüssel zu Zeitungsberichten Anlass gab. Zemmour, der unter anderem Feminismus und Gewerkschaften hasst, interpretiert die aktuelle Situation Frankreichs gerne durch die Schablone historischer Konstellationen, gerne aus der Zeit der Monarchie oder der Napoleon-Ära. So erklärte er Anfang April 10, die französischen Protestanten hätten im 16. Jahrhundert einen eigenen Staat im Staat bilden wollen und seien durch die Monarchie deswegen niedergeschlagen worden. Heute drohe dasselbe mit den Moslems im – von hohem Einwandererteil und Armut geprägten – Pariser Trabantenstadtbezirk Seine-Saint-Denis. Aus diesem Grund drohe längerfristig „ein Bürgerkrieg" und „Blutvergießen", wie Zemmour unter Anlehnung an das Schicksal der Hugenotten ausführte.

„Diskriminierung ist das Leben"

Am 6. März dieses Jahres war er gleich doppelt präsent, am Vormittag im Fernsehsender ‚France O', der sich vor allem an Karibik- und „Überseefranzosen" richtet, und am Abend in einer der Talkshows, die er ständig beglückt; beide Sendungen waren vorher aufgezeichnet worden. Eric Zemmour ist ein Vielredner, dessen Äußerungen normalerweise, wie so vieles im Fernsehen, an den Leuten vorbeirauschen. Dieses Mal gerieten sie aber nicht so schnell in Vergessenheit, sondern riefen eine Welle der Empörung hervor. Am Vormittag auf ‚France O' äußerte Zemmour sich zum Thema Diskriminierung – einem seiner Lieblingsthemen in letzter Zeit, denn er ist der Auffassung, Diskriminierungsbekämpfung sei Unfug und belästige nur die Unternehmen. An jenem 6. März erklärte er dazu: „Diskriminierung ist das Leben, man wählt eben aus." Er führte dies nicht näher im Detail aus. Aber der Sinn, der hinter seinen Auslassungen steckt, kommt jener Begründung nahe, die Jean-Marie Le Pen in den neunziger Jahren bekannt machte: Wenn jemand heirate und sich für einen Partner – und damit gegen zahllose andere mögliche Partner – entscheide, dann könne sich auch niemand wegen Diskriminierung beschweren. Und was „das Leben" und die familiären Beziehungen ausmache, so erklärte Le Pen damals, sei auch auf die Gesellschaft im Großen übertragbar.

Am Abend dann fielen jene berühmt gewordenen Aussprüche, mit denen Zemmour das ‚ethnic profiling' bei Polizeikontrollen zur normalsten Sache der Welt erklärte: „Franzosen migrantischer Herkunft werden einfach mehr kontrolliert, weil ein Großteil der Rauschgifthändler Araber oder Schwarze sind." Seine Erklärung war die Antwort auf den Theaterregisseur Bernard Murat, der ihm zuvor erwidert hatte: „Wenn Dich die Polizei 17 mal am Tag kontrollieren würde, würde sich das auch auf Deinen Charakter auswirken." Die beiden Männer duzen sich, da sie vor langer Zeit einmal zusammen die Schulbank drückten, sind jedoch in gesellschaftlichen Dingen alles andere als einer Meinung.

Ab dem darauffolgenden Montag standen dann die Telefone bei den verschiedenen Antirassismusvereinigungen nicht mehr still. Drei unterschiedliche Antirassismusverbände – der MRAP, SOS Racisme und die LICRA – kündigten jeweils Strafanzeigen gegen Eric Zemmour an. Die eher bürgerlich-liberale LICRA (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) zog ihre Anzeige jedoch nach einem „Entschuldigungsbrief" von Zemmour inzwischen zurück. Statt sich zu entschuldigen, hat der Journalist sich darin freilich eher zu rechtfertigen versucht. So führt er in dem Schreiben explizit aus, Diskriminierungsbekämpfung sei ein „gefährliches Konzept", das zu „Denunzierung" und zu „Verantwortungslosigkeit" im Erwerbsleben führe. Die LICRA hat ihm Anfang April ein inhaltlich deutliches Erwiderungsschreiben als Offenen Brief geschickt. Ende Juni wird nun vor Gericht über die Strafanträge der beiden anderen antirassistischen NGOs entschieden werden. Der MRAP (Bewegung gegen Rassismus und für Völkerfreundschaft) hat zudem am 2. April 10 zusammen mit dem Verband schwarzer Franzosen CRAN vor einem Fernsehstudio, in dem eine Talkshow mit Eric Zemmour aufgezeichnet wurde, demonstriert. Die Kundgebung stand unter dem Motto: „Meinungsfreiheit ja, Hetze nein."

Sarkozys Umgebung interveniert: Rettungsoperation „Z"

Bei der konservativen Tageszeitung ‚Le Figaro' drohte Zemmour zur selben Zeit die Kündigung, wie ihr Chefredakteur Etienne Mougeotte öffentlich ankündigte. In Wirklichkeit steckte dahinter jedoch noch etwas Anderes als der Unmut über Zemmours umstrittene Sprüche: Mougeotte, der eine wirtschaftsliberale und pro-EU-orientierte Rechte vertritt – während Zemmour für eine bonapartistische und von vergangener nationaler Größe träumende Linie steht, die schon immer auch zum Traditionsbestand der bürgerlichen Rechte in Frankreich zählte –, konnte Zemmour aufgrund dieser ideologischen Differenz schon seit längerem nicht ausstehen. Noch bevor das Kündigungsgespräch stattfand, wurde es jedoch durch die Redaktion annulliert. Gewöhnlich gut unterrichtete Quellen sehen dafür zwei Ursachen. Zum Einen geben viele Beobachter an, eine größere Anzahl von Lesern hätten protestiert und mit einer Kündigung ihres Abonnements gedroht. Die meist gut informierte rechtsextreme Wochenzeitung ‚Minute' behauptet ferner, Berater von Nicolas Sarkozy hätten bei Mougeotte mit den Worten interveniert: „Bist Du verrückt?" Zemmour vertritt demnach in den Augen Präsident Sarkozys eine Komponente der französischen konservativen Rechten, die es nicht zu verlieren gelte.

Das linksnationalistische Wochenmagazin ‚Marianne' stufte Eric Zemmour als Opfer einer Quasi-Hexenjagd ein. Und sein Chefredakteur Jean-François Kahn ritt einmal mehr sein Steckenpferd: den Einsatz für die „Nonkonformisten" und „Verfemten". Als assoziierter Blogger, der seinen Meinungsblog auf der Webpage von ‚Marianne' unterhält, meldete sich der Pariser Oberstaatsanwalt Philippe Bilger zu Wort. Auch er brach der Meinungsäußerungsfreiheit, der in Frankreich so schrecklich mitgespielt werden, eine Lanze. Bilger ist dabei keineswegs nur als Jurist unterwegs. Der Mann ist vielmehr ein knallharter politischer Aktivist, der in den letzten Monaten bei wichtigen Auseinanderset-

zungen systematisch für die jeweils reaktionärste Position Partei ergriffen hatte.

Auf Rassisten antworten Antisemiten

Es fehlte noch eine letzte Runde, um die Debatte vollends irre werden zu lassen. Nun hatte nur noch gefehlt, dass sich die extreme Rechte zu Wort meldete, um auf die „kommunitäre Dimension", auf die jeweilige Herkunft oder Abstammung der an den Diskussion Beteiligten hinzuweisen. Es sollte auch so kommen.

Eric Zemmour ist ein Franzose nordafrikanisch-jüdischer Abstammung. Das Verhältnis der extremen Rechten – der er historisch nicht zugehört, die ihn jedoch zur Zeit in ihrer Mehrheit vehement verteidigt – zu ihm ist gespalten. Einzelne Webseiten des FN sowie eine Presseerklärung der rechtsextremen Splitterpartei MNR (früher die Partei Bruno Mégrets, jetzt unter Annick Martin) riefen zu einer, von Rechtskatholiken veranstalteten, Solidaritätskundgebung für Zemmour vor dem Redaktionsgebäude des ‚Figaro' am Abend des 25. März mit auf. Auch Eric Zemmour selbst hatte – aus seiner Sicht, als Angehöriger des konservativen Lagers – wiederholt ein ausgesprochen offenes Ohr auch in Richtung extreme Rechte. So spottete er Anfang Juli 2009, als Marine Le Pen in einer Rathauswahl in Hénin-Beaumont nur knapp (mit 48 % der Stimmen in der Stichwahl) unterlag, in einem Artikel über die Urheber jenes „Meinungsterrors", der die unentschiedenen Wähler schlussendlich doch noch von der Wahl der Liste der Le Pen-Tochter abgehalten habe. Und im ‚Figaro-Magazine' – Wochenendbeilage des ‚Figaro', Ausgabe vom 17./18. April – führt Zemmour aus, unter der künftigen Führung durch Marine Le Pen ändere sich der FN. Nunmehr müsse die Regierungsrechte Präsident Sarkozys „entweder diese Kleine-Leute-Wählerschaft der Rechten (die für den FN stimmt) zurückgewinnen", oder „sich die Bündnisfrage gegenüber dem FN neu stellen". Doch Zemmours Herkunft lässt das Orientierungspendel innerhalb der extremen Rechten in unterschiedlichen Richtungen ausschlagen.

Einerseits ist diese Abstammung für einen Gutteil der extremen Rechten, vor allem ihre kolonial geprägten Fraktionen, eine positive Referenz: Im durch Frankreich kolonisierten Nordafrika war den einheimischen Juden Algeriens im Jahr 1870, im Gegensatz zur Mehrheitsbevölkerung aus moslemischen Arabern und Berbern, die französische Staatsbürgerschaft verliehen worden. Dies beruhte neben anderen Faktoren auf dem Versuch, die altansässigen Einwohner des Landes zu spalten. Neben den Christen wurden die Juden als Teil der Elite in der Kolonialgesellschaft betrachtet, beide sollten gegen die – vor der Unabhängigkeit von 1962 besonders unterdrückte – moslemische Bevölkerungsmehrheit zusammen stehen. Im Sinne des postkolonialen Gedächtnisses auf der Rechten sind nordafrikanische Juden deshalb eine besonders mit dem Empire, dem früheren Kolonialreich verbundene Bevölkerungsgruppe. (Die kolonialnostalgischen Teile der extremen Rechten in Frankreich sind, vor diesem Hintergrund, auch im Allgemeinen philosemitisch und ausgesprochen pro-israelisch: Juden und Israelis sind in ihrer Augen zuvörderst historische „Waffenbrüder", gegen die Araber.)

Anders als die vorwiegend kolonial-abendländischen Fraktionen rücken andere, etwa „nationalrevolutionäre" Strömungen innerhalb der extremen Rechten hingegen vor allem den Antisemitismus in den Vordergrund. Zu ihnen zählt der „rot-braune" Intellektuelle und Schriftsteller Alain Soral. Er nahm in den letzten Jahren ein komplexes Verhältnis gegenüber Eric Zemmour ein. Als der Journalist Ende 2008 im Fernsehen von der „Existenz von Rassen" – er präzisierte damals: einer „weißen" und einer „schwarzen" menschlichen Rasse – gesprochen hatte, begrüßte Soral dies lautstark, ähnlich wie die gesamte extreme Rechte, die Eric Zemmour damals ihre Unterstützung erklärte. Allerdings präzisierte Soral damals, im Unterschied zu anderen ihrer Protagonisten, auch: „Zemmour zählt zu einer Bevölkerungsgruppe, die sich gut beschützt und die es sich deswegen leisten kann, so etwas zu sagen. Ich bin also froh, wenn er die (Anm.: ideologische) Arbeit an unserer Stelle erledigt."

Bei den jüngsten Diskussionen hingegen setzte Soral auf eine andere Karte. Sein Kumpan, der schwarze französische Antisemit Dieudonné M'bala M'bala, hatte auf Eric Zemmours Auslassungen über die „ethnische" Dimension von Kriminalität – Zemmour sah sie bei Schwarzen und Arabern angelegt – bereits reagiert, indem er einem Fernsehjournalisten die Replik zu Protokoll gab: „Die großen Straftäter sind eher Juden, wie etwa (der US-Milliardenbetrüger) Bernard Madoff", unter Hinweis auf Finanzdelikte.

Am Osterwochenende, während die Zemmour-Affäre einmal mehr hochkochte, wurde zeitgleich bekannt, dass der Sicherheitsmann eines Geschäfts in der Pariser Vorstadt Bobigny infolge eines ausgearteten Streits mit cholerischen Kunden getötet und seine Leiche im nahe gelegenen Kanal aufgefunden worden war. Ein Verbrechen wie viele andere auch. Die Besonderheit: Der Ermordete war marokkanischer Abstammung, und die fünf durch die Polizei festgenommenen Täter waren junge Juden – wegen kleinerer Gewaltdelikte bekannte Rowdys. Der Totschlag hatte keine politische Dimension. Manche allerdings projizierten eine solche politische Dimension darauf; auch in der örtlichen moslemischen Gemeinde sprachen einige Sprecher wahlweise von einem „rassistischen" oder einem „zionistischen" Mord, bevor sie sich in der Mehrzahl der Fälle schnell korrigierten und dies zurücknahmen.

Ein gefundenes Fressen jedoch für einen kalkulierenden antisemitischen Intellektuellen wie Alain Soral. Dieser zog eine Verbindung zur Zemmour-Affäre und veröffentlichte auf dem Blog seiner volksgemeinschaftlich ausgerichteten Gruppe ‚Egalité & Réconciliation' (Gleichheit und Aussöhnung) einen Eintrag unter dem Titel: „Mord in Bobigny: Der Zemmour-Effekt". In dem Artikel wurden vor allem Videos aus den Fernsehnachrichten übernommen, die ideologische Botschaft war jedoch klar: Nun meinen die Juden in Frankreich, ihnen sei alles erlaubt.

In der breiten Öffentlichkeit kam diese Botschaft so nicht an. Aber sowohl bei der Kundgebung gegen die rassistischen Äußerungen Eric Zemmours am Karfreitag Abend als auch bei der Pariser Trauerkundgebung für den totgeschlagenen Wachmann – Saïd Bourarach – am Ostermontag fiel eine kleinere Gruppe von sehr energischen (arabischstämmigen) Frauen auf, die eine gerade Verbindungslinie zwischen beiden Affären zogen und ungehemmt antisemitische Botschaft verbreiteten. Auch Dieudonné tauchte am Rande der Kundgebung am Ostermontag kurz auf.

Es wäre also an der Zeit, diese überbordenden Debatten über „ethnische" Zugehörigkeit und soziale Phänomene im Zusammenhang mit „Abstammung" so schnell wie möglich herunterzukochen, bevor noch Schlimmeres passiert.

Bernhard Schmid, Paris ■

FN – Nachfolge von Jean-Marie Le Pen an der Parteispitze: Die Katze ist aus dem Sack

Der französische rechtsextreme Front National (FN) hört nicht auf, von sich reden zu machen. Anlässlich eines groß aufgemachten (Doppel-) Gesprächs mit Jean-Marie Le Pen, dem alternden Chef des FN, aber auch dessen Tochter Marine Le Pen kündigt das konservative Wochenmagazin ‚Figaro-Magazine' (Ausgabe vom 10./11. April 10) die seit längerem erwartete „Sensation" an. Also die Nachricht, dass der seit der Parteigründung im Oktober 1972 ununterbrochen amtierende FN-Chef nun seine bisherige Laufbahn beendet. Erstmals erklärt Jean-Marie Le Pen, zur kommenden Präsidentschaftswahl – die programmgemäß im April 2012 stattfinden wird – nun wirklich nicht mehr anzutreten; „es sei denn, dass eine vorgezogene Präsidentschaftswahl stattfindet". Davon, also von einer vorgezogenen Wahl zum höchsten Staatsamt, die in nur wenigen Wochen vollzogen würde und auf die er als einziger Kandidat vorbereitet wäre, als seiner „historischen Schicksalsstunde" hatte Le Pen senior seit Jahrzehnten geträumt. Von keiner anderen Wahl konnte Jean-Marie Le Pen so wenig ablassen wie von seinen Präsidentschaftskandidaturen. Nunmehr ist jedoch die Katze aus dem Sack: Im Alter von bald 82 Jahren (im kommenden Juni) schickt der alte Chef sich an, nicht mehr anzutreten.

Am Montag, 12. April beschloss das „Politische Büro" des FN nun den Termin des nächsten FN-Kongresses: Er wird am 15. und 16. Januar 2011 stattfinden. Auf ihm wird Jean-Marie Le Pens Nachfolger/in an der Parteispitze bestimmen werden. Es wird sich aller Voraussicht nach um seine Tochter Marine Le Pen als mit Abstand aussichtsreichste Anwärterin handeln; als einziger Gegenbewerber „von Rang" wird mutmaßlich der bisherige Partei-Vizechef Bruno Gollnisch antreten.

Ausführlicheres zum begonnenen Kampf um die Nachfolge „des Alten", und um die politische Ausrichtung, beim FN in unserer kommenden Ausgabe.

BhS, Paris ■

Flüchtlingslager im Koalitionsausschuss

München. Am 16. oder 17.4.2010 entscheiden Leutheusser-Schnarrenberger und Seehofer im Koalitionsausschuss über die Zukunft der Lagerpflicht für Flüchtlinge in Bayern. Nach monatelangen Debatten innerhalb der CSU und zwischen CSU und FDP konnte auf der Ebene der FachpolitikerInnen im Bayerischen Landtag keine Einigung über die Zukunft der Lagerunterbringung von Flüchtlingen in Bayern erzielt werden. Auch ein Einigungsversuch der Fraktionsvorsitzenden scheiterte. Nun müssen die Chefs ran: Am 16. oder 17.4.2010 (genauer Termin steht noch nicht fest) tagt der bayerische Koalitionsausschuss. Er setzt sich zusammen aus den Parteivorsitzenden Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Horst Seehofer, den Fraktionsvorsitzenden Thomas Hacker und Georg Schmidt, sowie Innenminister Joachim Herrmann und Wirtschaftsminister Martin Zeil. Damit findet eine Debatte ihr vorläufiges Ende, die bereits zur Landtagswahl 2008 begonnen hat. Die FDP zog mit der Forderung nach Abschaffung der Flüchtlingslager in die Koalitionsverhandlungen, konnte sich damit aber nicht gegen die CSU durchsetzen. Jedoch wurde eine Überprüfung der Lagerunterbringung vereinbart. Diese Überprüfung fand bereits am 23.4.2009 mit der ExpertInnenanhörung im Bayerischen Landtag zur Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes statt. Alle 25 geladenen ExpertInnen forderten einmütig die Abschaffung der Lagerunterbringung oder ihre zeitliche Begrenzung auf maximal ein Jahr.

Seit dieser Anhörung warten die Flüchtlinge in ihrer menschenunwürdigen und menschenrechtswidrigen Situation auf die dringend notwendigen Verbesserungen – doch geschehen ist bisher nichts. Die CSU hat monatelang über eine Neupositionierung in der Asylsozialpolitik gestritten und sich auf ein Papier geeinigt, das wie die Verhöhnung der Opfer ihrer rigiden Lagerpolitik anmutet. An der Lagerunterbringung soll festgehalten und lediglich in wenigen Ausnahmefällen nach strenger Einzelfallprüfung eine Auszugserlaubnis aus dem Lager erteilt werden. Die FDP beharrt darauf, dass die Lagerunterbringung zeitlich auf maximal ein Jahr begrenzt werden muss.

Der Bayerische Flüchtlingsrat fordert die sofortige Abschaffung der bayerischen Lagerpflicht. Das bayerische Aufnahmegesetz muss umgehend geändert und die gesetzliche Lagerpflicht gestrichen werden. Alle Flüchtlinge, die eine Wohnung finden, müssen das Recht bekommen, aus den Lagern auszuziehen. Nur so kann die Ausgrenzung und Zermürbung von Flüchtlingen beendet werden. *Bayerischer Flüchtlingsrat*
www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Essenspakete-Boykott unterbrochen

Bayern. Seit mehr als zwei Monaten haben über 200 Flüchtlinge in 10 Lagern in Bayern für ihre Rechte, ihre Freiheit und ihre Menschenwürde gestreikt. In einer Erklärung kündigen die teilnehmenden Flüchtlinge sowie die lokalen unterstützenden Gruppen Karawane München, der Bayerische Flüchtlingsrat und das Passauer Bündnis zur Unterstützung der streikenden Flüchtlinge die Unterbrechung des Essenpakete-Boykotts zum 13. April 2010 an. Doch damit endet der Kampf nicht, sondern er wird neue Akzente setzen und in lokalen Bündnissen, die während der Streikphase geschaffen wurden, weitergeführt. Demonstrationen am 24. April in Augsburg und am 04. Mai in München werden den Auftakt bilden.

Denn die Forderungen der Flüchtlinge sind nach wie vor nicht erfüllt:

- Bargeld statt Essenpakete.
- Das Recht auf freie Wahl der Unterbringung.
- Das Recht, sich unabhängig von restriktiv vergebenen Arbeitserlaubnissen Arbeit suchen zu dürfen.
- Das Recht der Bewegungsfreiheit auch außerhalb des Landkreises, dem sie zugewiesen wurden.
- Einen respektvollen Umgang der deutschen Behörden mit den hier lebenden MigrantInnen.

Dazu ein Flüchtling aus dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Sierra Leone, der im Lager in der Calmbergstraße in Augsburg untergebracht ist: „Wie lange müssen sich noch 50 Flüchtlinge eine Toilette teilen? Wie lange soll die gleiche Zahl an Leuten sich weiterhin eine Küche teilen? Wie lange sollen 3 bis 4 Erwachsene noch für 5 bis 10 Jahre in einem Zimmer wohnen?"

Dieser Streik hat den Flüchtlingen Selbstbewusstsein in ihrer ureigenen Sache gegeben. Vernetzungen mit lokalen UnterstützerInnengruppen haben ein Übriges zur Verankerung der Forderungen beigetragen. Auf Basis dieser neuen Zusammenarbeiten geht das Netzwerk-Lagerland gestärkt in die Zukunft. „Wir danken allen denjenigen, die uns moralisch, physisch, materiell und finanziell in den letzten Wochen unterstützt haben. Wichtiger aber noch ist der Dank an alle Flüchtlinge, die sich an dem Streik beteiligt und ihn erst möglich gemacht haben. Zusammen werden wir den Kampf fortsetzen, bis es zu Veränderungen kommt" unterstreicht Herr Kabamba Ban Ibana aus dem Lager in Hauzenberg. Neben der Frage der Lagerunterbringung bleiben nämlich auch die Fragen der Residenzpflicht, der Essenspakete und der Arbeitserlaubnis virulent. Da sich hieran bis heute nichts Substanzielles geändert hat, rufen die Flüchtlinge zu Demonstrationen am 24. April in Augsburg und am 4. Mai in München auf, um die Politiker noch einmal vor der anstehenden Landtagsentscheidung mit den berechtigten Forderungen zu konfrontieren.

Bayerischer Flüchtlingsrat
www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Abschaffung der Residenzpflicht!

Berlin. Am 22. Februar 2010 haben SPD und LINKE im Berliner Innenausschuss einen Antrag eingebracht, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Abschaffung der Residenzpflicht zwischen Berlin und Brandenburg zu prüfen. Noch bevor der offizielle Prüfauftrag erteilt wurde, ist nun in der Presse zu lesen, eine Abschaffung der Residenzpflicht sei nach Auffassung der Innenverwaltungen beider Länder nicht möglich. Der Flüchtlingsrat fordert Berlins Innensenator Körting und seinen brandenburgischen Amtskollegen Speer auf, voreilige Schlüsse zu unterlassen und sorgfältig alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, die Residenzpflicht auf Landesebene abzuschaffen.

„Die Parlamente beider Länder sind in der Pflicht, sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen und konstruktive Lösungen zu suchen. Die Innenministerien allein dürfen dies nicht entscheiden" sagt Martina Mauer vom Berliner Flüchtlingsrat. „Sollte es rechtliche Bedenken geben, dann müssen diese klar genannt und auch belegt werden. Sich hinter Bundesrecht zu verstecken, zeugt nicht gerade von politischem Mut", so Mauer weiter.

Rechtliche Möglichkeiten auf Landesebene gibt es viele. Das Land Hamburg hat beispielsweise seine Asylaufnahmestelle nach Ludwigslust verlegt und mit Mecklenburg-Vorpommern vereinbart, dass sich Asylsuchende aus Hamburg auch im Landkreis Ludwigslust aufhalten dürfen. Die dortige Regelung wurde getroffen, um Asylbewerber in die Provinz abzuschieben. Es gibt aber keinen Grund, warum das Hamburger Rechtskonstrukt nicht auch als Vorbild für eine Vereinbarung zur Erweiterung der Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen zwischen Berlin und Brandenburg dienen sollte.

Auf Nachfrage verwiesen SprecherInnen der Berliner und Brandenburger Innenverwaltungen auf die von Innensenator Körting angekündigte Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Residenzpflicht und auf Erlasse unterhalb der gesetzgeberischen Ebene. „Eine Bundesratsinitiative für die deutschlandweite Aufhebung der Residenzpflicht für Asyl-

Dieter Kottnik und die Europa-Abgeordnete und frühere Amnesty-Vorsitzende Barbara Lochbihler.

Quelle epd 09.04.10 - flucht@nds-fluerat.org ■



Protest am Baden Airpark

suchende und Geduldete ist in jedem Fall sinnvoll. Doch auf deren Erfolg kann man sich nicht verlassen", so Martina Mauer. Kay Wendel vom Brandenburger Flüchtlingsrat ergänzt: „Einzelfallbezogene Erlasse, die es Flüchtlingen erlauben, zum Beispiel für den Besuch von Gottesdiensten ins jeweils andere Bundesland zu fahren, reichen nicht aus. Es geht hier nicht um Ausnahmeregelungen, sondern um das generelle Recht auf Bewegungsfreiheit. Und das muss auch für Flüchtlinge gelten".

Die Residenzpflicht ist eine in Europa einmalige asyl- und aufenthaltsrechtliche Regelung, die es Asylsuchenden und Geduldeten untersagt, ohne Erlaubnis ihren Landkreis bzw. das Bundesland zu verlassen. Tun sie es doch, drohen ihnen Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis. Die Berliner Koalition hat sich auf Landesebene schon 2001 und erneut 2006 für die Abschaffung der Residenzpflicht zwischen Berlin und Brandenburg ausgesprochen – nun ist es Zeit zu handeln. Auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist eine Überprüfung der Residenzpflicht vereinbart. Experten gehen davon aus, dass die Regelungen zur Residenzpflicht ohnehin europarechtswidrig sind, da sie gegen die Vorgaben der Asylaufnahme-Richtlinie der EU verstoßen.

Quelle: Flüchtlingsrat Berlin e.V. ■.

Blockade gegen Abschiebung

KARLSRUHE. Etwa 50 Aktivist_innen haben am Dienstag, 13.4. zwei Stunden lang den Zugang zum Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden (Baden Airpark) blockiert. Sie haben versucht, die Abschiebung von Flüchtlingen (hauptsächlich Roma) in einem Charterflug zu verhindern. Vom Deportation-Baden-Airpark finden regelmäßig jeden Monat, abgeschottet über den alten Terminal, Abschiebeflüge statt. Wie viele Roma heute abgeschoben wurden, ist unklar. Das sogenannte „Rückübernahme-Abkommen" zwischen der kosovarischen und der deutschen Regierung, soll jährlich bis zu 2.500 Angehörige der Roma-Minderheit(en) aus Deutschland abschieben. Diese Blockade-Aktion fand im Vorfeld zu der geplanten Demonstration gegen Abschiebungen am 8. Mai um 14 Uhr in Karlsruhe. Gegen 10 Uhr haben die Aktivist_innen die Blockade aufgelöst, nachdem die Polizei sich einen anderen Zugang verschafft hatte. Im Terminal wurde eine kleine Demonstration und Kundgebung gehalten, bis die Demonstrant_innen rausgedrängt wurden.

Quelle: stop deportations. Verfasst am: 13.04.2010 – 09:05. http://deportationairpark.blogsport.de/ - flucht@nds-fluerat.org ■

Appell für dauerhaftes Bleiberecht für Roma aus Ex-Jugoslawien

BERLIN. Politiker, Menschenrechtsaktivisten und Flüchtlingsorganisationen haben sich für ein dauerhaftes Bleiberecht für Roma-Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien ausgesprochen. Sie fordern ausländerrechtliche Sonderregelungen nach dem Vorbild jüdischer Kontingentflüchtlinge. Deutschlands historische Verantwortung gegenüber den Roma dürfe sich nicht allein in historischen Gedenkveranstaltungen erschöpfen, heißt es in dem vom früheren Hohen UN-Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina, Christian Schwarz-Schilling, initiierten Appell, der jetzt in Berlin verbreitet wurde.

In ihren Heimatländern seien die Roma fast überall der Diskriminierung ausgesetzt und lebten am Rand der Gesellschaft, hieß es. Viele der infolge der Jugoslawien-Nachfolgekriege nach Deutschland geflüchteten Roma hätten sich in der Bundesrepublik eine Existenz aufgebaut, ihre Kinder seien hier geboren und aufgewachsen.

Erstunterzeichner des Appells sind neben Schwarz-Schilling Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms (FDP), die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth, der frühere DDR-Bürgerrechtler Rainer Eppelmann, Diakonie-Präsident Klaus-Dieter Kottnik und die Europa-Abgeordnete und frühere Amnesty-Vorsitzende Barbara Lochbihler.

Massenhafte Abschiebungen in den Kosovo verhindern

„Mit ihren Unterschriften unter das so genannte Rückübernahmeabkommen haben die Innenminister Deutschlands und des Kosovo heute über das Schicksal von mehr als Zehntausend in Deutschland lebenden Roma entschieden. Deren Perspektive heißt nun: Ausgrenzung, Verfolgung, Armut und Hoffnungslosigkeit", kritisiert Ulla Jelpke. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die sich zurzeit mit einer Delegation des Innenausschusses im Kosovo aufhält, erklärt weiter:

„Mehr als 10.000 Roma droht die Zwangsabschiebung in den Kosovo – allen Protesten und Warnungen von Flüchtlingsinitiativen, Kirchen- und Parteienvertretern zum Trotz. Bis zu 2.500 aus dem Kosovo stammende Flüchtlinge können jährlich abgeschoben werden. Betroffen sind vor allem Roma und andere Minderheiten. Die meisten von ihnen werden erneut aus dem Land fliehen oder in den Elendsvierteln landen.

Ich selbst konnte mir in den letzten Tagen ein sehr eindrückliches Bild von der Situation in den dortigen Lagern machen. Die Menschen haben kaum Zugang zu Bildung und zur Gesundheits- und Sozialversorgung. Die Arbeitslosenquote im Kosovo liegt bei rund 45 Prozent, unter den Roma als diskriminierter Minderheit noch weit höher. Zudem müssten zwei mit giftigen Schwermetallen verseuchte Lager in Nord-Mitrovica sofort evakuiert werden, doch die Behörden bleiben untätig. Erst im August letzten Jahres kam es im Osten des Kosovo zu einer Welle rassistischer Angriffe auf Roma.

Die Bundesregierung hat gegenüber den Roma eine besondere Verantwortung. 500.000 Sinti und Roma wurden während der NS-Zeit deportiert und ermordet. Zudem hat die Bundesrepublik durch ihre Beteiligung am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien die Vertreibung der Roma aus dem Kosovo mit verursacht. Daher fordert DIE LINKE ein dauerhaftes Bleiberecht für alle hier lebenden Roma."

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Innenminister erzwingt Bons für Flüchtlinge

HANNOVER/AURICH. Abgelehnte Asylbewerber müssen zukünftig auch im Landkreis Aurich wieder mit Wertmarken bezahlen. Als letzter Landkreis in Niedersachsen geben die Ostfriesen damit ihren

Widerstand gegen die Versorgung von Flüchtlingen mittels Gutscheinen auf. „Wir zeigen die weiße Flagge“, sagte Kreissprecher Manfred Galka. Das Innenministerium habe zuvor angedroht, das Gutscheinsystem per Weisung zu erzwingen. In den vergangenen fünf Jahren bekamen Asylbewerber im Nordwesten ihren Versorgungsanspruch auf 225 Euro in bar ausgezahlt. Der Kreis wollte einerseits den Verwaltungsaufwand verringern, andererseits empfand man die Gutscheinpraxis als stigmatisierend.

Der Flüchtlingsrat kritisierte die Rückkehr zu den Wertmarken am Mittwoch als „schikanös“. Es gehe dem Innenministerium um eine möglichst abschreckende Gestaltung der Lebensumstände für Asylbewerber in Niedersachsen. Das Gutscheinsystem sei unmenschlich für die Betroffenen, gerade auf dem Land, wo sie oft keine Geschäfte fänden, die die Bons akzeptierten.

Die Ostfriesen hatten sich vor fünf Jahren für die Barauszahlung entschieden, als im Zuge der Hartz-IV-Reform die Sozialämter in den Gemeinden aufgelöst wurden und nur noch ein Restsozialamt in Norden übrig blieb. Die Asylbewerber wären gezwungen gewesen, die Gutscheine dort abzuholen. „Von Wiesmoor zum Beispiel sind das 65 Kilometer“, sagt Kreissprecher Galka. „Wir wollten nicht, dass die ihr knappes Geld in den öffentlichen Nahverkehr investieren müssen.“

Das Innenministerium verwies darauf, dass im Bundesrecht vorgeschrieben sei, dass für die Versorgung der Flüchtlinge zuerst Sachleistungen, dann Gutscheine und erst am Ende Geldleistungen vorgesehen seien. In der Vergangenheit hatte das Ministerium bereits gegen die Auszahlung von Bargeld in den Kreisen Göttingen, Hildesheim und auch im Heimatkreis von Innenminister Uwe Schünemann, in Holzminden interveniert.

Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung 15.4.2010 – Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Karawane Festival 2010: Lasst uns die Angst zugunsten der Freiheit überwinden!

Jena. Dezentral und draußen wird vom 4. bis zum 6. Juni in Jena ein Festival stattfinden: Vorträge, Diskussionen, Theater, Musik, Filme und Ausstellungen. Es wird Ausdruck des Widerstands gegen die neokoloniale Ausbeutung und ihre tödlichste Folge sein: Die Abschiebung von Flüchtlingen. Zentrale Programmpunkte sind die Eröffnung eines Mahnmals für die Toten der Festung Europa und eine Maskenparade: In Form westafrikanischer Masken werden jene, die auf ihrem Weg nach Europa gestorben sind, Einzug in die Stadt halten. Im Aufruf heißt es:

„Die EU versucht mit mörderischen Polizei- und Militäreinsätzen, die Folgen des jahrhundertealten, bis heute andauernden Kolonialismus von Europa fern zu halten. Wenn Flüchtlinge es dennoch hierher schaffen, werden sie isoliert, schikaniert, in Lager oder Abschiebehaft gesteckt. ...

Das Festival will AktivistInnen vereinen, die Dynamik des Widerstands neu entfachen, die Vielfalt und den Druck unserer Kampagnen erhöhen. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen widersetzt sich dem alltäglichen Rassismus von Behörden und Polizei, der institutionalisierten Diskriminierung von Asylsuchenden und der Kriminalisierung von Bewegungsfreiheit.

Sie kämpft für die Aufklärung des Feuertodes von Oury Jalloh in einer Polizeizelle in Dessau, sie erkämpfte die Schließung des Isolationslagers in Katzhütte und streitet nun für die Schließung des Lagers in Möhlau. Seit dem Jahr 2000 leistet sie mit zivilem Ungehorsam Widerstand gegen die „Residenzpflicht“, zurzeit organisiert sie den Essenspaketeboykott in Bayern.

Seit dem Aufkommen des Kolonialismus gründet sich die europäische Identität auf die boshafte Annahme von Überlegenheit über alle anderen Kulturen und Völker. Die Herrschenden benutzen die Furcht als Waffe, um Menschen zu unterwerfen und zu isolieren. Stillschweigend und mit ängstlich eingezogenem Kopf – nur so sollen wir überleben dürfen. Trotz der Hunderten von Millionen Opfer von Sklaverei, Kolonialismus, Imperialismus und Faschismus, glauben die Europäer und ihre Nachkommen überall auf der Welt bis heute an die Überlegenheit ihrer Gedanken, Lebensweise und Handlungen. Statt die Ursachen von Migration, Umweltzerstörung und Kriegen anzuerkennen, schüren sie Furcht vor Einwanderern. Doch wenn wir uns vereinigen und unsere Furcht überwinden, bewegen wir die versteinerten Verhältnisse. ...

Das Festival wird auf ehrenamtlicher Basis organisiert, niemand wird daran etwas verdienen. Die Grundlage der andauernden kolonialen Ungleichheit sind wirtschaftliche Interessen. Die menschenunwürdige Behandlung von Flüchtenden, ihre Internierung und Abschiebung, werden mit ihrem geringem ökonomischen Wert gerechtfertigt. Wir wollen dies nicht reproduzieren!

Wir freuen uns auf Ideen, Anregungen und Aktionen, Kunst, Zeugenaussagen, Kampf, Analysen und Utopien für die Zeremonie des Karawane-Festivals für die Rechte der Flüchtlinge. Niemand ist allein! Unser Recht auf Bewegungsfreiheit ist nicht verhandelbar! Lasst uns die Angst zugunsten der Freiheit überwinden!

http:// karawane-festival.org Aktueller Aufruf und vorläufiges Programm:http://thecaravan.org/files /caravan/Aufruf_0.pdf ■

Methode der Knochenalterbestimmung ist ungeeignet

In Hamburg erklärte kürzlich die Ausländerabteilung der Senatsverwaltung einen 15-Jährigen für volljährig und damit als geeignet zur Abschiebung. Bei einem 15-Jährigen hätte ein Vormund bestellt werden müssen, um den Jugendlichen zu betreuen. Die Behörde beruft sich bei ihrer Altersbestimmung auf das Gutachten des Instituts für Rechtsmedizin der Hamburger Universitätskliniken, das aufgrund von Röntgenaufnahmen der Handwurzelknochen angefertigt worden war. Dazu stellt der Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VDÄÄ) fest: „Die Methode der Knochenalterbestimmung ist zur Bestimmung des Lebensalters ungeeignet. Dies ist schon 1995 in einem von VDÄÄ und ProAsyl e.V. in Auftrag gegebenen umfangreichen Gutachten festgestellt worden. ...Es gibt individuelle Schwankungen in der Knochenalterentwicklung, die insbesondere im Bereich zwischen der Handwurzel und den Phalangen eine dissoziierte Skelettalterentwicklung zeigt, die bis zu 2 Jahre betragen kann.In der kindlichen Entwicklung kommt es sehr häufig zu einer verfrühten Pubertätsentwicklung, die dann auch ein beschleunigtes Knochenalter zur Folge hat. Es ist durchaus möglich, dass eine ausgereifte Skelettentwicklung bei einem Jungen oder Mädchen bereits schon vor dem 16. Lebensjahr erfolgt ist.

Außerdem beziehen sich die gängigen Methoden der Knochenalterbestimmung auf Kinder aus dem nordeuropäischen oder angelsächsischen Raum und lassen sicher keinen Rückschluss auf Kinder in den südlichen Ländern zu.

...Die Altersbestimmung per Röntgenaufnahme des Handskeletts ist in ihren Ergebnissen so unsicher ist, dass sie als Methode generell abzulehnen ist. Sie bedeutet darüber hinaus eine Strahlenbelastung des wachsenden Organismus, die medizinisch nicht zu rechtfertigen ist. Ausländerrechtliche Fragestellungen können auf keinen Fall medizinische Indikationen von den Körper belastenden Verfahren wie z.B. Röntgen legitimieren.

Im Übrigen hat der 110. Deutsche Ärztetag 2007 in Münster mit Bezugnahme auf das oben genannte Gutachten „jegliche Beteiligung von Ärztinnen und Ärzten zur Feststellung des Alters von Ausländern mit aller Entschiedenheit“ abgelehnt. (Vgl. Beschlussprotokoll des DÄT 2007, S. 80)

Wir fordern die Senatsverwaltung auf, die Praxis der Altersbestimmung sofort aufzugeben. An die Landesärztekammer Hamburg richten wir den Appell, den Menschenrechtsbeauftragten einzuschalten.

Quelle: Presseerklärung des Vereins Demokratischer Ärztinnen und Ärzte 23. März 2010 ■

Ostermärsche haben an politischer Relevanz gewonnen

Wende zur zivilen Friedens-politik gefordert



Fotos: www.arbeiterfotografie.com

150 Bikerinnen und Biker beteiligten sich auch in diesem Jahr wieder an der Fahrt der Motorad-fahrerinnen für den Frieden, die auf dem Roncalli-Platz in Köln endete

In über 70 Kundgebungen, Mahnwachen und Demonstrationen haben nach Angaben des Netzwerks Friedenskooperative etliche tausend Menschen über die Ostertage gegen Atomwaffen, den Bundeswehreinsatz in Afghanistan, deutsche Rüstungsexporte, die zunehmende Bundeswehrwerbung z. B. in Schulen und Arbeitsagenturen und auch gegen die „zivile“ Nutzung der Atomenergie protestiert.

Die Friedenskooperative hebt zum Abschluss der Ostermärsche das Verdienst der Pioniere der jetzt 50-jährigen Aktionsform hervor: „In der Adenauer-Ära angefeindet und verfemt haben die Initiatoren der Ostermärsche eine Tradition begründet, die immer noch aktuell, lebendig und mit langem Atem auf Missstände der Regierungspolitik aufmerksam macht“, erklärt der Geschäftsführer des Netzwerks, Manfred Stenner. „Sie sind die Mütter und Väter des außerparlamentarischen parteiunabhängigen Protestes in der Bundesrepublik“.



Die Ostermärsche seien lebendiges und notwendiges Korrektiv zum friedenspolitischen Versagen der Bundesregierung und hätten dieses Jahr nochmals an politischer Relevanz gewonnen.

„Wir können alle froh sein, dass es sie noch gibt. Wer sonst widerspricht den sturen Durchhalteparolen des Verteidigungsministers Guttenberg nach den schlimmen Nachrichten aus Afghanistan?“

Die Kundgebungen hätten auch gezeigt, dass die Pazifisten die wirklichen Realisten seien. Die über Jahrzehnte erhobenen Forderungen für eine atomwaffenfreie Welt seien inzwischen bis in die etablierte Politik vorgedrungen, bräuchten aber offenbar weiter „Druck von unten“. Ein breites Friedensbündnis wolle erreichen, dass die Bundesregierung auf der Anfang Mai in New York beginnenden Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag den Abzug der letzten in Deutschland verbliebenen Atombomben aus Büchel in der Eifel verkündet und den Verzicht auf die sogenannte „nukleare Teilhabe“ im Rahmen der NATO erklärt. (siehe auch http://www. npt2010.de)

Auch die Analysen und Prognosen der Friedensbewegung zum Afghanistankrieg seien weitaus realistischer als das blauäugige „weiter so“ der Bundesregierung. Nach mehr als acht Jahren Krieg sei das durch das einseitige militärische Agieren angerichtete Desaster offenbar, der asymetrische Krieg nicht zu gewinnen. Jede friedenspolitische Option sei bisher versäumt worden. Die Friedenskooperative warnt vehement vor der Umsetzung der neuen NATO-Strategie im Afghanistankrieg. Mehr Opfer und kein gutes Ende seien damit verbunden, bevor letztlich doch mit den Aufständischen verhandelt werden müsse.

„Die Durchhalteparolen des Verteidigungsministers greifen nicht. Jetzt ist eine Wende zur zivilen Friedenspolitik gefordert!“, konstatiert das Netzwerk.

Manfred Stenner, Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative ■

Soll die Bundeswehr raus aus Afghanistan?

Die Frankfurter Rundschau legte diese Frage ihren Online-Leser/innen vor. Hier ein Zwischenergebnis:

„Ja, nie wieder soll ein deutscher Soldat auf fremden Boden kämpfen“ 4570 / 37,56 %

„Ja, für jeden Konflikt muss es eine friedliche Lösung geben“ 3457 / 28,41 %

„Ja, solange die Regierung den Krieg als humanitären Einsatz tarnt“ 1860 / 15,29 %

„Nein, die afghanische Zivilbevölkerung braucht unsere Hilfe“ 999 / 8,21 %

„Nein, wir Deutschen haben eine Verantwortung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ 958 / 7,87 %

„Nein, wozu brauchen wir die Bundeswehr, wenn sie nicht eingesetzt wird“ 214 / 1,76 %

„Dazu habe ich keine Meinung“ 109 / 0,9 %

Teilnehmer gesamt: 12.167 (8. April 2010)

Ergebnis zusammengefasst: Für den Abzug der Bundeswehr: 81 Prozent, gegen den Abzug: 18 Prozent. Und hier kann bis auf weiteres abgestimmt werden: www.fr-online.de ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Vom Gotthard bis an den Belt

Zuerst! April 2010

Zuerst!, seit Januar 2010 Nachfolger von „Nation & Europa“, nennt sich im Untertitel „Deutsches Nachrichtenmagazin“. Was Verleger und Redaktion unter Deutschland verstehen, zeigen nicht nur das ständige Thema Südtirol, sondern auch einige Andeutungen in der Aprilausgabe des Heftes. Unter der Überschrift „Deutsche als Nummer 1 im Wintersport“, die so auch in jeder Boulevardzeitung zu lesen sein könnte, heißt es vielsagend: „30 Medaillen wurden für Schwarz-Rot-Gold geholt, davon zehn goldene, 13 silberne und sieben bronzene. Schaut man sich den deutschen Kulturkreis an und bezieht allein die Österreicher ein, so wären noch einmal 16 Medaillen zu addieren. Damit könnten die Länder deutscher Zunge ein wirklich stolzes Resümee ziehen. Wäre man ganz genau, könnte man den Südtiroler Armin Zöggeler sowie fünf deutschsprachige Schweizer Medaillengewinner beim Gesamtüberblick ebenfalls noch in Betracht ziehen“. Vermutlich würden sich für diese Betrachtungsweise, von Zuerst! (noch) im Konjunktiv, der Möglichkeitsform, gehalten, zumindest die Schweizer herzlich bedanken.

Allerdings geht das nationalistische Hauptinteresse nicht in Richtung der Eidgenossenschaft, von der aus bekannten finanziellen und politischen Gründen selbst die Nazis die Finger weggelassen haben, sondern traditionell in Richtung Osten. Zwar heißt es nicht mehr „Nach Ostland geht unser Ritt“, stattdessen formuliert KARSTEN HEINRICH: „In Schlesien muß die deutsche Volksgruppe weiter um ihr Recht auf deutschsprachigen Unterricht kämpfen. Der polnische Staat verzögert und taktiert“. Verglichen, mit der Anzahl von Migrant(inn)en in der Bundesrepublik Deutschland, geht es um eine lächerliche Zahl „Deutscher“ in Polen: „Bei der letzten polnischen Volkszählung von 2002 wurden 147.094 Personen registriert, die ihre Nationalität als ‚Deutsch‘ deklarierten. Die Zahlen verzerren aber die tatsächlichen Verhältnisse...Die Deutsche Botschaft in Warschau schätzt die Zahl der Deutschen in Polen hingegen auf 300.000 bis 400.000“. Allerdings geht es auch nicht um Zahlen, sondern um Politik: „Die deutschsprachige Schulbildung ist nach Ansicht von Norbert Rasch, dem Vorsitzenden der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen (SKGD) im Oppelner Schlesien ein zentrales Element für die Identität der deutschen Minderheit“. Und auch HUBERT KOLODZIEJ, „Bildungsreferent für die deutsche Volksgruppe im Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG)“ ist der Meinung: „Es ist wichtig, daß jetzt alles Mögliche im Sinne der Erhaltung der Identität der Deutschen getan wird“. Von der Erhaltung der Identität, einer völkischen Forderung, ist es nicht mehr weit zum Versuch einer politischen Einflussnahme auf das Nachbarland im Osten.

Völkisches, nationalistisches Denken, das per se rechts ist, verhindert sogar die Solidarität mit Nationalisten in anderen Ländern, mit denen sich die deutsche Rechte in der Beantwortung zentraler politischer Fragen einig sein müsste. Deshalb äußert sich ANNA KALB (ob der Name ein schlecht gewähltes Pseudonym ist?) hämisch über den niederländischen Rassisten Geert Wilders: „Wasserstoffblond gefärbte Haare, modische Föhnfrisur, die ihn gleich um fünf Zentimeter größer macht und ihm den Namen ‚Blonde Dolly‘ eingebracht hat: So kommt der niederländische Islamkritiker Geert Wilders daher“. Warum soviel Häme über einen Mann, der die eigenen Ziele vertritt: „...ein Zehn-Punkte-Programm, mit dem Wilders die Partei auf einen patriotischeren Kurs einschwören wollte. Da fand sich nicht nur die Forderung nach einer schnelleren Abschiebung krimineller Ausländer und der Halbierung der Entwicklungshilfe.... Wichtigstes Ziel sei ein neuer Nationalstolz der Niederländer: ‚Das muß dominant sein. Damit meine ich das, was die Deutschen Leitkultur nennen‘. Und weiter: ‚Wir müssen nicht so tun, als ob die Werte anderer Kulturen ebenso gut sind wie die unsere‘“.

Zwei Fehler hat Wilders allerdings in den Augen der deutschen Rechten: „Bis heute, so bescheinigt er sich selbst, besitze er eine starke Affinität zum israelischen Staat... Weniger groß scheint seine Affinität zum Nachbarland Deutschland zu sein. Wilders Vater hat sich im Zweiten Weltkrieg vor den Deutschen versteckt und weigerte sich auch 40 Jahre später noch, über die Maasbrücken nach Deutschland zu fahren. Wilders selbst betont, dass er froh sei, dass er während seines Militärdienstes nicht sein Zelt mit deutschen Soldaten habe teilen müssen“.

Titelthema des Heftes ist jedoch die ideologische Situation in der CDU. Im Gleichklang mit der am rechten Rand der Union angesiedelten Kampagne „ Linkstrend stoppen“, deren Unterstützer auch in den ersten drei Heften von ZUERST! präsent waren, geht es gegen die derzeitige CDU-Führung, verkörpert in der Parteivorsitzenden Angela Merkel. „Beliebigkeit, subtile Intrige, irritierende Ziele“ sowie der Vorwurf, eine „Machtmaschine“ zu sein, sind noch die geringsten Kritikpunkte. Chefredakteur GÜNTHER DESCHNER griff selbst in die Tasten, unterstützt von JÖRG KASPER und HEIKE BRANDT – die Kanzlerin ist Chefsache. Worum geht es inhaltlich: „Die CDU rede zwar unverbindlich vom ‚christlichen Menschenbild‘, tatsächlich aber trage sie politische Entscheidungen mit, die – siehe ‚Gender Mainstreaming‘, Abtreibung, Homo-Ehe etc. – zur Auflösung des herkömmlichen Familienbilds und zur Verwischung der natürlichen Geschlechterrollen führten. Auch mit ihrer kaltschnäuzigen Kritik am Papst wegen dessen Zurückhaltung im Fall des Bischofs Williamson habe Merkel viele Katholiken vergrätzt; mit ihrem indifferenten Verhalten in der Causa Erika Steinbach habe sie die Vertriebenen enttäuscht, mit ihren Tendenzen zur ‚Sozialdemokratisierung‘ der Gesellschaft Wirtschaftsliberale und Liberalkonservative in das Reservoir der FDP getrieben und mit ihrem ständigen Kotau vor den USA und Israel habe sie nationalkonservative und amerikakritische Wähler verärgert und zudem Rätsel über ihre außenpolitischen Ziele aufgegeben“.

Anders ausgedrückt: Frau Merkel ist den Autoren zu wenig traditionalistisch und nicht reaktionär und deutschnational genug. Wie der Spagat zwischen traditionellen, sich aber bereits seit langer Zeit überlebt habenden Werten und den Erfordernissen einer neoliberal geprägten Politik hinzubekommen sein soll, bleibt das Geheimnis von ZUERST!. *tri* ■